

Nationalsozialismus (1933 - 1945)

- Machtergreifung
- Ermächtigungsgesetz und Gleichschaltung
- Führerstaat
- Diskriminierung und Verfolgung
- Konzentrationslager und der Holocaust
- Nürnberger Gesetze
- Reichspogromnacht
- Propaganda und politischer Kult
 - Die Olympischen Spiele 1936
- Widerstand gegen den Nationalsozialismus
 - Widerstandsgruppe Weiße Rose
 - Passiver Widerstand
- Wehrmacht im NS-Staat
- Überfall auf Polen
- Das Deutsche Reich im Zweiten Weltkrieg
- Persönlichkeiten

Machtergreifung

Ermächtigungsgesetz und Gleichschaltung

Führerstaat

Diskriminierung und Verfolgung

Konzentrationslager und der Holocaust

Nürnberg Gesetze

Reichspogromnacht

Propaganda und politischer Kult

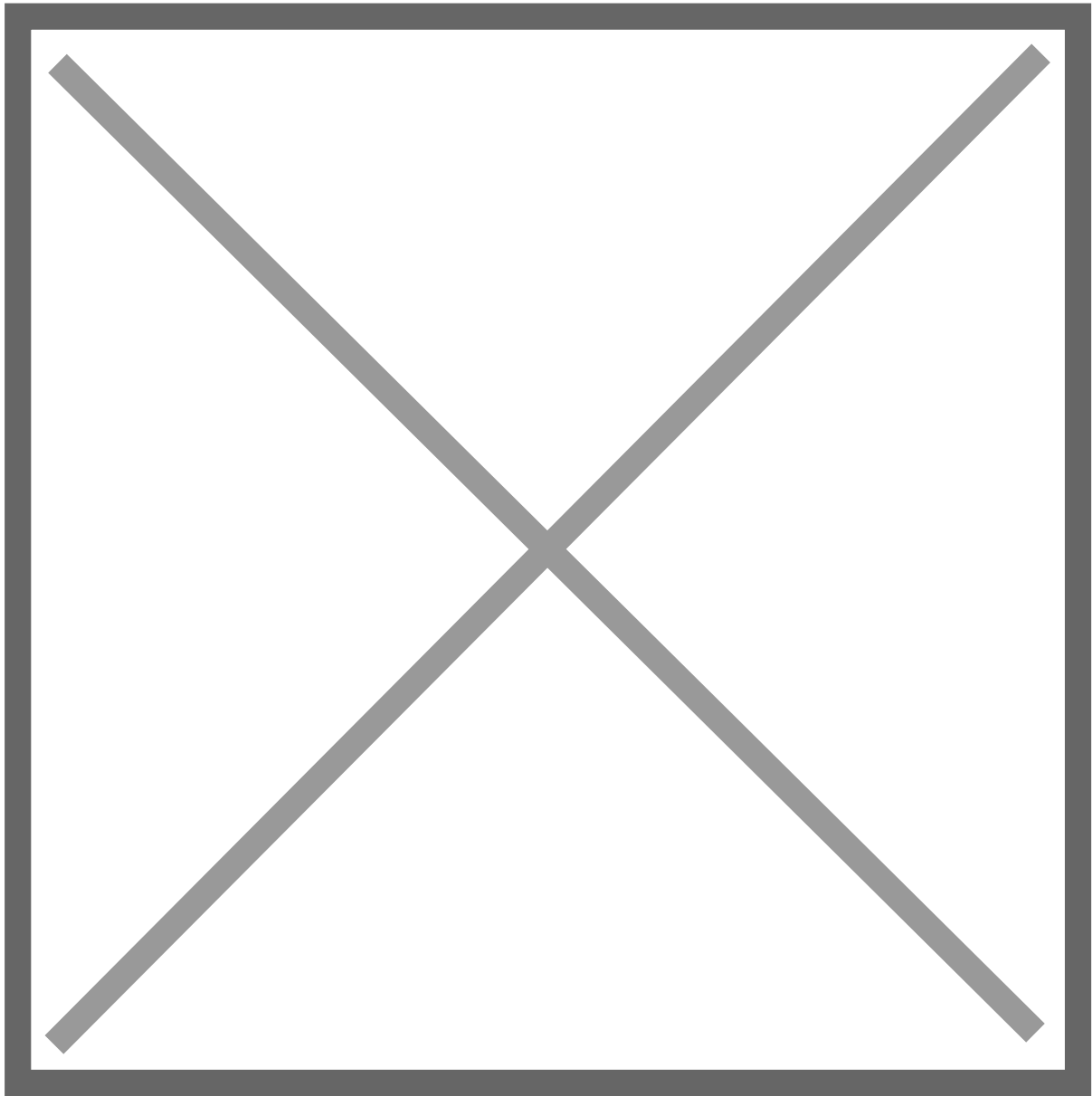
Die Olympischen Spiele 1936

Inhaltsverzeichnis

1. Olympische Spiele. Die missbrauchten Spiele

1. Olympische Spiele. Die missbrauchten Spiele.

Jahrelang wettern die Nationalsozialisten gegen Olympia – nach der »Machtübernahme« aber stecken sie mehr Geld in die Ausrichtung der Spiele als jede Regierung vor ihnen. Das Sportfest soll eine Propagandaveranstaltung werden und die Welt für den neuen deutschen Staat einnehmen. Dafür verzichtet das NS-Regime einige Monate lang auf Übergriffe gegen Juden, nominiert »nichtarische« Athleten – und muss am Ende zusehen, wie ein schwarzer Amerikaner zum Liebling des deutschen Publikums wird



Adolf Hitler im Stadion. Bei seinem Erscheinen muss sich das deutsche Publikum zum faschistischen Gruß erheben – wer sitzen bleibt, wird von der Polizei festgenommen

Es ist bereits Nacht, als Tausende Mädchen und Jungen ins Berliner Olympiastadion einlaufen und zum Klang gläserner Glockenspiele zu tanzen beginnen. Sie sollen das Heranwachsen unschuldiger Kinder zu Frauen und Männern darstellen. Der Reigen gipfelt in einem Bild, welches das olympische Ideal vom gestählten Athleten mit der faschistischen Idee vom Heldentod fürs Vaterland vereint: Zu rhythmischer Musik schlagen sich zwei Krieger in Rüstung, bis sie niedersinken und auf ihren Schilden aus dem Stadion getragen werden. 80 Frauen zeigen darauf den „Tanz der Trauernden“. Schließlich singen 1000 Sänger Beethovens „Ode an die Freude“, und rings um den oberen Rand des Stadions entflammen Fackeln, Suchscheinwerfer gleiten über die Flaggen.

Die XI. Olympischen Spiele sind eröffnet. Rund 100000 Zuschauer haben die stundenlange, minutiös getaktete Zeremonie verfolgt. Nicht einmal zur Reichsgründung 1871 hat Berlin ein größeres Fest erlebt. Auf den Tag genau 22 Jahre ist es her, dass das Deutsche Reich Russland den

Krieg erklärt und damit einen lokalen Konflikt in einen Weltkrieg verwandelt hat. Doch scheint das Land an diesem 1. August 1936 entschlossen, ein friedliches Sportfest auszurichten für Männer und Frauen aus fast 50 Ländern. Das deutsche Publikum ist begeistert von der Inszenierung. Und selbst jene ausländischen Beobachter, die der nationalsozialistischen Diktatur kritisch gegenüberstehen, sind beeindruckt.

So eilt André François-Poncet, der französische Botschafter, ungemein aufgewühlt nach Hause. Der 49-jährige Germanist und Deutschlandkenner, der seine Regierung schon früh vor den Nationalsozialisten gewarnt hat, der bereits einen neuen Krieg heraufdämmern sieht und sich von allen Treffen mit Vertretern des neuen Regimes fernzuhalten versucht – François-Poncet also verfasst ein Telegramm nach Paris. „Gleichermaßen großartig wie anmutig“ nennt er darin die Aufführung der Kinder.

“ EIN GRÖßERES FEST HAT BERLIN NIE ERLEBT

Und doch hat er Beethovens Musik nicht ungeteilt genossen: „All jene, die beim Zuhören an die Brüchigkeit des Weltfriedens dachten, konnten sich eines klammen Herzens nicht erwehren.“

Die Eröffnungsfeier in Berlin mit ihren Fackeln, ihren Flaggen, den feierlichen Schwüren und Hymnen hat auch gezeigt, was bei den vorherigen Spielen in demokratischen Ländern noch nicht so offenkundig war: wie ähnlich sich olympische Zeremonien und totalitäre Inszenierungen in mancher Hinsicht sind und wie perfekt sie sich ergänzen können. Wie leicht Faschisten den Wettkampf nationaler Teams und das Streben nach Sieg für ihre Ziele vereinnahmen können – obwohl die olympischen Ideale der Völkerverständigung und des friedlichen Ringens der Ideologie aller Nationalisten widersprechen.

Denn die modernen Olympischen Spiele sind wie der Nationalsozialismus aus einem verlorenen Krieg entstanden: Erschüttert von Frankreichs Niederlage gegen Deutschland 1870/71, suchte ihr Gründer Baron Pierre de Coubertin, ein Pädagoge und Historiker, nach einem Weg, seine vermeintlich verweichlichten Landsleute wieder zu stählen. Er fand eine Lösung im Sportunterricht der britischen Internate und in einem nationalen Turnier von Amateursportlern bei London, den Wenlock Olympic Games. Die Kombination von geistiger Ausbildung und körperlicher Ertüchtigung an Englands Schulen nahm de Coubertin als Vorbild für eine Reform des französischen Bildungssystems.

Der Baron träumte davon, dass sich die Jugend in Zukunft auf Sportplätzen und nicht auf Schlachtfeldern messen würde. Aber er träumte eben auch von einer weißen, männlichen Bruderschaft der Starken, von kriegesischen Athleten, die, wenn nötig, das Vaterland mit ihrer Manneskraft verteidigen. Er war Antikommunist und glaubte, dass Eliten ein Volk führen müssen – Gedanken, auf die die Nationalsozialisten ohne Weiteres aufbauen können. 1896 organisierte de Coubertin in Athen die ersten Olympischen Spiele der Neuzeit. Nur 241 Athleten nahmen teil – doch über die nächsten Jahrzehnte wurden die Wettkämpfe größer, bei den Sommerspielen in Los Angeles 1932 verfolgten bereits mehr als eine Million Zuschauer die Wettkämpfe.

AM ZWEITEN TAG der Spiele in den USA wurde die NSDAP stärkste Fraktion im deutschen Reichstag – und im Internationalen Olympischen Komitee wuchs die Nervosität. Denn es hatte die nächsten Spiele nach Berlin vergeben, an die junge Weimarer Republik: auch, um sie gegen Angriffe von Links- und Rechtsradikalen zu unterstützen.

Dort erstarkte nun eine Partei, deren Vorsitzender Adolf Hitler Olympia noch kurz zuvor als „Komplott von Freimaurern und Juden“ bezeichnet hatte und deren Organ „Völkischer Beobachter“ vor den Wettkämpfen in Los Angeles warnte: „Die nächsten Olympischen Spiele finden in Berlin statt. Hoffentlich wissen die verantwortlichen Männer, was ihre Pflicht ist. Die Schwarzen müssen ausgeschlossen werden.“ IOK-Präsident Henri de Baillet-Latour schickte einen Sportfunktionär nach Berlin, um Hitlers Intentionen zu erforschen. Der neue starke Mann im deutschen Reichstag ließ ausrichten, er betrachte die Ausrichtung der Olympischen Spiele in Berlin „mit großem Interesse“. Ein Trivialsatz. Für Hitler aber ein großer Schritt.

Denn ebenso wie sein „Reichspropagandaleiter“ Joseph Goebbels war der NSDAP-Vorsitzende völlig unsportlich und interessierte sich nicht für Turniere und Wettkämpfe. Anders als etwa Sozialdemokraten und Kommunisten hatten die Nationalsozialisten keine eigenen Sportvereine. Und doch vollzog sich in jenen Monaten in der Parteispitze ein Wandel. Zwar war den Männern um Hitler noch immer der Gedanke an ein friedliches Treffen der Völker zuwider, bei dem deutsche Athleten sich mit solchen Sportlern messen müssten, die die Nationalsozialisten als „Untermenschen“ verachteten. Sie erkannten aber, welches Potenzial in diesem Ereignis lag, das spätestens in Los Angeles zur Massenveranstaltung geworden war: Die Spiele waren die perfekte Gelegenheit, um für Deutschland in der Welt zu werben.

Und so kommt es, dass sich der neue Reichskanzler und sein Propagandaminister schon kurz nach der gewonnenen Wahl 1933 mit jenem Mann treffen, der die Spiele nach Berlin geholt hat und der seit Jahrzehnten davon träumt, das olympische Feuer in Deutschland brennen zu sehen: Theodor Lewald, ein hoher Beamter im Innenministerium, Mitglied im Internationalen Olympischen Komitee und Gründer des Deutschen Olympischen Ausschusses. Lewalds Vater stammte aus einer zum evangelischen Glauben konvertierten jüdischen Familie, Lewald selbst hat das Organisationskomitee wenige Tage vor der Machtübernahme als privaten Verein registrieren lassen, damit ihn die neue Regierung nicht ausschließen kann von der Arbeit an seinem Lebenstraum.

Tatsächlich muss ihn Hitler im Amt lassen – auch unter Druck des IOK. Allerdings ernennt er bald den NS-Reichstagsabgeordneten Hans von Tschammer und Osten zum „Reichssportführer“, dem sich Lewald unterzuordnen hat. Kurz nach dem Gespräch mit Lewald tritt Hitler vor die Presse und gibt Olympia seine offizielle Zustimmung: „Ich werde die Spiele ebenso wie alle anderen sportlichen Belange auf jede mögliche Weise vorantreiben.“ Das Innenministerium übernimmt die Kosten für die Austragung, das Propagandaministerium die Werbung.

Und bei einer Ortsbegehung der zukünftigen Wettkampfstätten im Grunewald wenige Monate später wird deutlich, wie viel sich die neuen Machthaber von den Olympischen Spielen versprechen. Während des Rundgangs denkt Hitler laut über die schwierige außenpolitische Lage Deutschlands nach. Es müsse mit großen kulturellen Leistungen die Weltmeinung für sich gewinnen, fordert der Reichskanzler und wischt die bisherigen bescheidenen Pläne beiseite: Das

Budget, das vor dem Spaziergang durch den Grunewald noch bei sechs Millionen Reichsmark lag, erhöht er innerhalb einer Stunde auf 40 Millionen Reichsmark (die Spiele werden schließlich rund 90 Millionen kosten).

Um die Welt zu beeindrucken, will Hitler ein neues Stadion errichten lassen, in Naturstein. Und so ist das erste architektonische Großprojekt der neuen Machthaber, die sich nie für Olympia interessiert haben, ausgerechnet die bis dahin größte Wettkampfanlage der Welt: das „Reichssportfeld“ am westlichen Stadtrand von Berlin. Deutschlands Regierung ist nun entschlossen, die Spiele von 1936 für sich zu nutzen. Und stürzt damit die olympische Bewegung in die tiefste Krise ihrer bisherigen Geschichte.

DENN SCHON KURZ nach Hitlers Machtübernahme haben jüdische Verbände in den USA gefordert, den Austragungsort der Spiele neu zu überdenken. Auch George Messersmith, der US-Botschafter in Deutschland warnte seine Regierung in Depeschen vor Olympischen Spielen in Deutschland: Jüdische Athleten seien in Berlin nicht sicher.

Auf Theodor Lewalds Bitten geben die Nationalsozialisten eine Erklärung ab, dass sie zu Olympia Athleten aller Rassen willkommen heißen werden – allerdings nur aus dem Ausland. Für die eigene Mannschaft würden die Regeln der neuen Machthaber gelten. „Der deutsche Sport ist für Arier da“, erklärt Reichssportführer Tschammer und Osten. Nicht allein die Leistung der Athleten zähle, sondern „ihre moralische Eignung, Deutschland zu vertreten“. Das deutsche Davis-Cup-Team schließt einen jüdischen Tennisstar aus, Juden wird verboten, zu reiten oder öffentliche Schwimmbäder zu benutzen.

“ EIN AMERIKANER SICHERT HITLER DIE SPIELE

Theodor Lewald bekommt Angst um seine Spiele. Eigenmächtig verspricht seine Delegation bei einem IOK-Kongress in Wien, dass Deutschland keine Juden aus den olympischen Teams ausschließen werde. Die IOK-Funktionäre sind beruhigt, obwohl Tschammer und Osten seine Parteigenossen in Reden weiterhin auf einen „rassereinen“ Sport einschwört. Außerhalb der olympischen Bewegung wächst der Widerstand, am stärksten in den USA. Gewerkschaften und Politiker wie der New Yorker Bürgermeister Fiorello La Guardia rufen dort zum Boykott der Wettkämpfe auf – ein Schritt, wie es ihn in der fast 40-jährigen Geschichte der modernen Olympischen Spiele noch nicht gegeben hat.

Die Werbeveranstaltung für das neue Deutschland droht zu einem Reinfall zu werden. Die Vereinigten Staaten haben in Los Angeles die meisten Sportler an den Start geschickt: Sollten sie absagen, wäre das Olympia-Treffen von Berlin bedeutungslos. Während Hitler bereits über rein „Germanische Spiele“ nachdenkt, kämpft Theodor Lewald noch für seinen Traum. Schreibt Telegramme, wirbt bei seinen ausländischen Kollegen. Doch retten wird Olympia 1936 in Deutschland ein Amerikaner: Avery Brundage, einer der mächtigsten Sportfunktionäre der USA. Der 47-jährige Millionär aus Chicago hat 1912 als Fünf- und Zehnkämpfer an den Sommerspielen teilgenommen. Er glaubt, Politik und Sport seien zwei getrennte Sphären, die man nicht vermischen dürfe. Er bedrängt seine Kollegen in den USA, druckt Pamphlete.

Unterstützung erhält er unter anderem von schwarzen US-Journalisten, die die NS-Rassenideologen mit Siegen in deren eigener Hauptstadt widerlegen wollen. Und von den Sportlern, die sich nicht um den möglichen Höhepunkt ihrer Karriere bringen lassen wollen. Im September 1935 schließlich nominiert Reichssportführer Tschammer und Osten unter Druck der USA zwei jüdische Sportlerinnen für die deutschen Trainingsgruppen: die Hochspringerin Gretel Bergmann, die bereits nach London emigriert ist, die britische Meisterschaft in ihrer Disziplin gewonnen hat und bei den Olympischen Spielen für ihre neue Heimat antreten will (die Nationalsozialisten zwingen sie zur Rückkehr, indem sie ihre Familie in Schwaben bedrohen). Und die Olympionikin Helene Mayer, die 1933 wegen ihres jüdischen Vaters von ihrem Offenbacher Fechtverein ausgeschlossen wurde; sie arbeitet in den USA, sagt aber Ende Oktober freiwillig zu, für Deutschland anzutreten.

Später berufen die Nationalsozialisten noch den „halbjüdischen“ Eishockeyspieler Rudi Ball in die deutsche Mannschaft, allerdings aus sportlichen, nicht aus politischen Gründen. Er hatte entscheidend dazu beigetragen, dass die Deutschen bei den Winterspielen in Lake Placid vier Jahre zuvor die Bronzemedaille gewonnen hatten. Doch schon die Zusage Helene Mayers hat Brundage gereicht, um die Abstimmung über einen Boykott zu gewinnen. Der Weg für die amerikanischen Athleten nach Deutschland ist frei.

SCHON ZWEI MONATE später beginnen die IV. Olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen (der jeweilige Ausrichter der Sommerspiele darf auch die Wettbewerbe im Winter veranstalten). Das Reichsinnenministerium lässt die überall im Ort hängenden Schilder „Juden kein Zutritt“ entfernen, auch die Kästen des Hetzblatts „Der Stürmer“ bleiben jetzt leer. Einem Journalisten fallen die vielen Uniformierten auf – Mitglieder des „Reichsarbeitsdienstes“, aber auch Tausende SA- und SS-Männer, die Hitler geleiten. Daraufhin werden alle angehalten, zu den Sommerspielen Zivil zu tragen, um die ausländischen Besucher nicht zu erschrecken.

Die Winterspiele werden zu einem erfolgreichen Probelauf für Berlin, mehr als 4000 ausländische Besucher verfolgen die Wettkämpfe, die amerikanischen Zeitungen berichten von der deutschen Gastfreundlichkeit, dem Organisationstalent der Veranstalter, und entgegen der Befürchtung der Kritiker kommt es zu keinen Ausschreitungen gegen jüdische Athleten. Derweil betreibt das Propagandaministerium mit großem Aufwand Werbung für die Sommerspiele: Der „Olympia-Zug“, eine Wanderausstellung auf Lastwagen, fährt durch Deutschland, um die Bevölkerung auf die kommenden Wettkämpfe einzuschwören. Im Ausland wirbt die Reichsbahn um Touristen und preist Berlin als Urlaubsziel des Jahres an.

Die Nationalsozialisten bereiten sich darauf vor, bald im Zentrum des Weltinteresses zu stehen. Joseph Goebbels verhängt der deutschen Presse für die Zeit der Spiele einen Maulkorb: kein Auftrumpfen bei deutschen Siegen, keine rassistischen Beleidigungen. Selbst die Ermordung des Leiters der Schweizer NSDAP-Landesgruppe Wilhelm Gustloff durch einen jüdischen Attentäter dürfen die Zeitungen nur am Rande erwähnen. Gastwirte erhalten die Anweisung, jüdisch aussehende Gäste zu behandeln wie alle anderen Kunden. Die Spiele von Berlin werden das bis dahin größte internationale Medienereignis sein. Radiogesellschaften aus 41 Ländern berichten von den Wettkämpfen, 300 Millionen Menschen weltweit hören zu. Mehr als 1800 Zeitungsjournalisten und 125 Fotografen kommen zu den Spielen, so viele wie nie zuvor.

Sie sind die Vertreter der Weltmeinung – also jene Menschen, die die Nationalsozialisten vor allem überzeugen wollen. Deshalb lässt Goebbels für die Reporter im Stadion ein Pressezentrum mit modernster Ausstattung bauen: 50 Fernsprecher, 80 Kabinen mit Schreibmaschinen, ausreichend Sekretärinnen und Dolmetscher. Doch Olympia soll auch nach innen wirken: Millionenfach werden nach dem Ende der Spiele Sammelalben für Zigarettenbildchen verteilt, täglich wird die „Olympia-Zeitung“ mit Berichten von den Wettbewerben erscheinen.

Für die männlichen Sportler bauen die Nationalsozialisten ein olympisches Dorf, größer als alle bisher da gewesenen, mit einer Sauna, einer eigenen Schwimmhalle, einem großen See, auf dem rechtzeitig vor der Eröffnung Enten aus dem Berliner Zoo ausgesetzt werden, damit alles natürlich wirkt. Nichts soll die Idylle stören.

Die Gastgeber stellen ein Kulturprogramm zusammen, damit sich die Mannschaften besser kennenlernen können. Gleichzeitig wählen sie zweisprachige Studenten aus, die die Gäste betreuen sollen – und der Gestapo regelmäßig Bericht erstatten. Auch die Post der Sportler und Funktionäre will man lesen und zensieren. Im olympischen Dorf richtet die Kriminalpolizei eine als Informationskiosk getarnte Station ein, besetzt nur mit Frauen. Am 16. Juli verhaften Polizisten alle Berliner Roma und Sinti und bringen sie in ein Zwangslager am Stadtrand.

EINEN TAG ZUVOR hat die „Manhattan“ in New York abgelegt, um die amerikanischen Athleten zu den Sommerspielen in Deutschland zu bringen. Sobald die Nationalsozialisten die Mannschaft der USA sicher auf dem Atlantik wissen, erhält Gretel Bergmann einen Brief: Ihre Leistung reiche nicht aus, um an den Olympischen Spielen teilzunehmen. Als Ausgleich biete man ihr Freikarten für die Leichtathletikwettbewerbe (Stehplatz). Die Hochspringerin lässt das Schreiben unbeantwortet.

Zur gleichen Zeit beginnt fast 3000 Kilometer entfernt das wohl größte Propaganda-Ereignis dieser Spiele: Im griechischen Olympia entzünden Frauen erstmals ein Feuer, das rund 3000 Läufer in den kommenden Wochen bis nach Berlin bringen sollen.

Carl Diem, der Generalsekretär des Organisationskomitees, hat sich den Fackellauf durch sieben Länder ausgedacht, um die Spiele noch weihvoller zu gestalten. Die Nationalsozialisten übernehmen die Idee begeistert – sie passt hervorragend zu ihrer Lehre vom Deutschen Volk als den wahren Erben des antiken Griechenland. Immer wieder haben nationalsozialistische Ideologen vor allem Sparta für ihre Propaganda benutzt. Der Fackellauf soll nun den Brückenschlag zwischen dem neuen Deutschland und der Antike verbildlichen.

Ein Assistent von Propagandaminister Goebbels muss die Strecke abfahren, um nichts dem Zufall zu überlassen. Der Waffenproduzent Krupp stiftet die Fackeln aus Magnesium, beim Entzünden des Feuers erklingt das „Horst-Wessel-Lied“, die Hymne der NSDAP, und als die Flamme Deutschland erreicht, dürfen sie nur noch Läufer mit „arischer“ Erscheinung tragen: groß, schlank, blond, blauäugig.

Kameramänner begleiten den Fackellauf. Sie filmen für Hitlers Lieblingsregisseurin Leni Riefenstahl. Die lässt (beauftragt vom Propagandaministerium) Szenen drehen, die an ihren Film über den Reichsparteitag in Nürnberg 1934 anknüpfen: herrliche Leiber in Bewegung. Weil ihr die Ereignisse nicht heroisch genug wirken, lässt sie den Beginn des Laufs nachstellen, mit einem

neuen, fast nackten Fackelträger.

Am 1. August trifft das olympische Feuer in Berlin ein. 25000 Hitlerjungen, 40000 SA-Männer und Hunderttausende jubelnde Schaulustige erwarten den Läufer vor dem Schloss. Die „Hitlerjugend“ ist von diesem Tag an die einzige Organisation in Deutschland, in der Jugendliche zwischen zehn und 18 Jahren Sport treiben dürfen. Sie müssen sich fortan politisch indoktrinieren lassen, wenn sie trainieren und an Turnieren teilnehmen wollen. Und ihr Anführer Baldur von Schirach ruft: „Wir, die Jugend Deutschlands, die Jugend Hitlers, begrüßen dich, Jugend der Welt.“

„ EIN SCHWARZER WIRD ZUM STAR DER SPIELE

Die Hauptstadt ist voller Flaggen. Das Hakenkreuz, auf Säulen, auf Wimpeln, auf Bannern so hoch wie die Häuser, von deren Dächern sie hängen, aber auch bunte Girlanden mit den 49 Flaggen der teilnehmenden Länder. Aus manchen Wohnungen weht die weiße Fahne mit den olympischen Ringen, vor allem aus jenen, in denen Juden wohnen – ihnen ist es verboten, die deutsche Flagge mit dem Hakenkreuz zu hissen.

Schließlich wird die letzte Fackel auf den flaggengeschmückten Boulevards zwischen Schloss und Reichssportfeld zum Stadion getragen. Viele der Zuschauer am Straßenrand grüßen das Feuer mit „Hitlergruß“. Entlang der Strecke hat Goebbels Lautsprecher aufstellen lassen, über die ein Reporter vom letzten Teilstück berichtet.

Während im Stadion die Eröffnungszeremonie beginnt, die Athleten einziehen, während Tauben (die der Wehrmacht gehören) als Symbol des Friedens aufsteigen, während die olympische Hymne erklingt, legt ein 29-jähriger blonder Fackelläufer die letzten Meter zurück, läuft die große Freitreppe hinunter, an den Mannschaften vorbei und entzündet ein Kohlenbecken. Die Spiele haben begonnen. Den Nationalsozialisten bleiben 15 Tage, um die Welt für sich einzunehmen.

DOCH SCHON gleich zu Anfang unterläuft ihnen ein Fehler. Hitler lädt die Medaillengewinner einzeln in seine Führerloge und gratuliert ihnen persönlich. Vor der Siegerehrung für den letzten Wettbewerb des Tages aber, dem Hochsprung der Männer, verlässt er das Stadion – alle drei Medaillen sind an die USA gegangen, die ersten beiden Plätze haben Afroamerikaner belegt.

Ein Sprecher beeilt sich, den Vorfall als unglückliches Terminproblem darzustellen. Doch ob nun Absicht oder Zufall – IOK-Präsident de Baillet-Latour ist außer sich: Bereits am ersten Tag droht die Politik den Sport zu überschatten. Hitler fügt sich dem Sportfunktionär und empfängt fortan nur noch die deutschen Sieger – und nur in einem Hinterzimmer.

So kommt es, dass Deutschlands Diktator kein Wort mit dem Star der Spiele wechselt, mit Jesse Owens. Der 22-jährige Afroamerikaner wird schnell zum Liebling des Publikums. Mühelos gewinnt er die Sprintwettbewerbe über 100 und 200 Meter, siegt mit der 4 x 100- Meter-Staffel wie im Weitsprung und wird daher vier Goldmedaillen mit nach Hause nehmen, mehr als jeder andere Athlet bei diesen Sommerspielen.

Als HJ-Führer Baldur von Schirach dem Reichskanzler nach Owens' erster Goldmedaille vorschlägt, er solle sich mit dem Sprinter fotografieren lassen, herrscht Hitler ihn an: „Die Amerikaner sollten sich schämen, dass sie sich ihre Medaillen von Negern gewinnen lassen. Ich persönlich würde diesem Neger nie die Hand geben.“

Doch wird ausgerechnet Jesse Owens Teil eines Geschehens, das der Weltöffentlichkeit zeigt, dass die Nationalsozialisten bei aller Perfektion doch nicht alles kontrollieren können; dass es ihnen nicht gelingt, den olympischen Gedanken ihren Interessen vollständig unterzuordnen: Beim Weitsprung am dritten Wettkampftag trifft der Amerikaner auf den Leipziger Studenten Luz Long – in seinem weißen Hemd mit dem Adler und dem Hakenkreuz das Bild eines nordischen Herrenmenschen, blond, groß gewachsen, durchtrainiert.

Die beiden kämpfen im Finale um die Goldmedaille. Owens überspringt die Acht-Meter-Marke, er stellt einen Weltrekord auf, der erst 24 Jahre später gebrochen wird. Daraufhin läuft Long zu ihm, dreht sich Richtung Führerloge und reißt Owens' Arm in die Höhe. Bis zur Siegerehrung wandern die beiden Hand in Hand die Aschenbahn entlang – eine Geste, für die sie außerhalb des Stadions verhaftet werden könnten. Nur Long wird später vor den Reichskanzler geführt. Dieser ist von der Leistung des jungen Deutschen so begeistert, dass er kein Wort verliert über dessen Verbrüderung mit Owens.

Hitlers Einstellung zum Sport scheint sich gewandelt zu haben. Jeden Wettkampf, an dem deutsche Sportler teilnehmen, verfolgt er in den Stadien oder an der Ruderstrecke in Grünau – offenbar ebenso begeistert vor allem von deutschen Siegen wie der Rest der Hauptstadt.

Ganz Berlin scheint in diesen zwei Wochen ein Teil des Stadions zu sein, zu Tausenden strömen die Menschen zu den Wettkampfstätten, nicht wenige vom nationalsozialistischen Freizeitwerk „Kraft durch Freude“ nach Berlin gebracht. Sie drängen sich auf den Straßen, in den Cafés, verfolgen über die in den Bäumen aufgehängten Lautsprecher die Wettkämpfe oder versuchen in öffentlichen Filmstuben auf den ersten TV-Geräten überhaupt die verschwommenen Bilder zu erkennen, die zwei riesige Kameras im Stadion einfangen. Alle Begeisterung scheint der Vorgabe von Goebbels zu folgen. „Wir müssen charmanter als die Pariser sein“, schreibt ein von ihm gegründetes Propagandablatt, „leichtlebiger als die Wiener, lebhafter als die Römer.“

Nicht alle Euphorie ist verordnet. Die Deutschen haben neue Helden wie den Vielseitigkeitsreiter Oberleutnant Freiherr von Wangenheim, der trotz gebrochenen Schlüsselbeins mit der Mannschaft Gold geholt hat, oder den Turner Karl Schwarzmann, der vier Medaillen gewann. Das Land führt den Medaillenspiegel an. Ein neues Selbstbewusstsein durchströmt die Deutschen, die sich nach dem Ersten Weltkrieg lange Zeit gedemütigt gefühlt hatten.

VIELE AUSLÄNDISCHE Redaktionen haben neben Sportreportern auch politische Korrespondenten nach Berlin geschickt. Und die spüren die Anstrengung hinter der Fröhlichkeit. Zwar sind viele von ihnen von der Stimmung in der Stadt und dem Organisationstalent der Deutschen begeistert. Doch sie fühlen auch das, was der US-Schriftsteller Thomas Wolfe später in dem Roman „Es führt kein Weg zurück“ so beschreibt:

„Man spürte die horrende Konzentration der Kräfte, das ungeheure Straffe und Geordnete in den von überall her zusammengezogenen Kräften des ganzen Landes. Das Unheilverkündende lag darin, dass diese Machtdemonstration offensichtlich über die Erfordernisse des sportlichen Ereignisses hinausging. Die Spiele wurden dadurch in den Schatten gestellt und wirkten nicht mehr als sportliche Wettkämpfe, zu denen die ausgewählten Mannschaften anderer Nationen entsandt waren; sie wurden von Tag zu Tag mehr zu einer überwältigenden Demonstration, für die man ganz Deutschland geschult und diszipliniert hatte. Die Spiele schienen nur ein Symbol der neu gewonnenen Macht zu sein, ein Mittel, um der ganzen Welt vor Augen zu führen, wie weit diese neue Macht es gebracht hatte.“

Nur wenige Zeitungen lassen sich im Verlauf der Sommerspiele milder stimmen, etwa die „New York Times“: „Wie sehr man die Exzesse des Hitler-Regimes bedauern oder verabscheuen mag, die Spiele haben die erstaunliche neue Energie und Entschlossenheit des deutschen Volkes gezeigt.“ Doch die meisten Beobachter reisen nach dem Ende der Spiele am 16. August mit jenem Bild von Deutschland ab, mit dem sie nach Berlin gekommen sind.

Die wenigen, die schon vorher uneingeschränkt begeistert waren, sehen sich bestätigt. Avery Brundage ist darunter, für den die Sommerspiele 1936 schlicht „die besten aller Zeiten“ waren. Die Kritiker der neuen Machthaber aber sehen vor allem den Propaganda-Aufwand, der in seiner Perfektion eher bedrohlich als beruhigend wirkt. Sie halten den Mann, der dem internationalen Wettkampf 16 Tage lang zugeschaut hat, weiterhin für eine Bedrohung des Weltfriedens. Und sie glauben nicht daran, dass die neue nachsichtige Politik gegenüber den Juden von Dauer sein wird. Und so misslingt den Nationalsozialisten ihr eigentliches Ziel, in das sie 90 Millionen Reichsmark und viel Energie gesteckt haben: das Bild Deutschlands in der Welt zu verbessern.

DIE KRITIKER des NS-Regimes sind zu Recht skeptisch: So wird später bekannt, dass Adolf Hitler am zweiten Wettkampftag den Geheimbefehl gegeben hat, den Faschisten und Putschisten Francisco Franco im Spanischen Bürgerkrieg zu unterstützen. Und zwei Wochen nach der Abschlussfeier befiehlt der Reichskanzler seinen Ministern, Deutschland im Verlauf der nächsten vier Jahre kriegsbereit zu machen. Die olympischen Ringe über dem Eingang zum Stadion werden nun durch ein riesiges Hakenkreuz ersetzt, und in den Katakomben beginnt die Produktion von Funkgeräten für die Armee.

Wolfgang Fürstner, den Gründer und ehemaligen Leiter des olympischen Dorfes, schließen die Nationalsozialisten wegen „nichtarischer Abstammung“ aus der Wehrmacht aus, er bringt sich am Dorfsee um. In die Wohnhäuser der Athleten zieht das 1. Bataillon des Infanterielehrregiments, aus dem „Speisehaus der Nationen“ wird ein Lazarett. Der „Halbjude“ Theodor Lewald muss 1937 alle Ämter niederlegen. Helene Mayer hat für Deutschland Silber gewonnen und emigriert endgültig in die USA, ebenso die verhinderte Hochspringerin Gretel Bergmann.

Luz Long wird 1943 als Soldat bei der Invasion der Alliierten auf Sizilien verwundet und stirbt in einem britischen Lazarett. Noch lange nach den Spielen stand er in Kontakt mit Jesse Owens, jenem Mann, mit dem er nach der nationalsozialistischen Rassenideologie nie hätte Freundschaft schließen dürfen. In seinem letzten Brief an Owens schreibt er: „Wenn der Krieg vorbei ist, fahre bitte nach Deutschland und finde meinen Sohn. Sag ihm, dass die Dinge zwischen Menschen auf dieser Erde anders sein können.“

Carl Diem, der Erfinder des Fackellaufs, wird im März 1945 auf dem Reichssportfeld eine Durchhalterede vor Berliner Hitlerjungen halten, in der er ihre Volkssturm-Einheit mit jenen Spartanern vergleicht, die sich an den Thermopylen gegen die Perser geopfert haben. Viele der Insassen des „Zigeunerlagers“ Marzahn bleiben auch nach dem Ende der Sommerspiele interniert, andere Roma und Sinti aus dem ganzen Reich kommen hinzu. Die meisten werden 1943 nach Auschwitz deportiert.

Nach der Abreise der internationalen Presse geben die Nationalsozialisten ihre Zurückhaltung gegenüber den Juden wieder auf, so wie es sich manche Berliner SA-Männer heimlich schon während der Spiele ausgemalt hatten: „Wenn die Olympiade vorbei, schlagen wir die Juden zu Brei.“ 1938 zerstören sie in einem reichsweiten Pogrom jüdische Geschäfte und Gotteshäuser. Das IOK aber bittet die Deutschen im Sommer 1939, im folgenden Jahr noch einmal die Winterspiele auszurichten – Japan, dem die Spiele zugesprochen waren, hat abgesagt.

Noch nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen drei Monate später verleiht das Komitee Leni Riefenstahl ein olympisches Diplom für die beiden Filme über die Spiele, „Fest der Völker“ und „Fest der Schönheit“. Sie kann es nicht entgegennehmen, da sie als Kriegsberichterstatterin an der Front weilt. Nur Hitlers Absage einige Monate später verhindert, dass die nationalsozialistische Diktatur innerhalb von vier Jahren zweimal zu Olympischen Spielen einladen darf – eine Ehre, die keiner Demokratie je zuteil geworden ist.

Vielleicht hätte das IOK auf hellstichigere Beobachter hören sollen. Etwa auf Sir Robert Vansittart, einen Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, der nach seiner Rückkehr aus Berlin über die Deutschen notierte: „Sie werden etwas mit dieser aufgestauten Energie anfangen wollen. Sie befinden sich jetzt im strengen Training, nicht für die Olympischen Spiele, sondern um andere und gänzlich unsportliche Weltrekorde zu brechen – und die Welt vielleicht ebenso.“

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

->

->

->

Sekundärliteratur

-> Gottschalk, Gesa: Olympische Spiele. Die missbrauchten Spiele, in: Deutschland unter dem Hakenkreuz Teil 1 1933-1936. Die ersten 1000 Tage der Diktatur (GEO Epoche, Jg. 2012, Heft Nr. 57), Hamburg 2012.

->

->

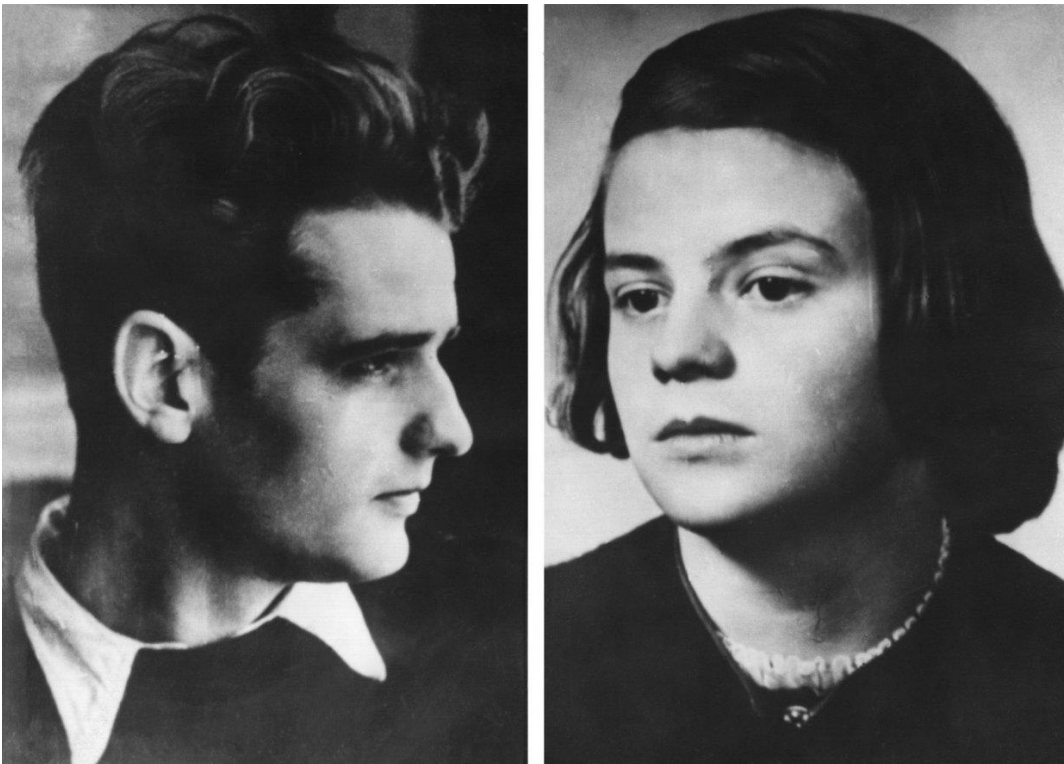
Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Widerstandsgruppe Weiße Rose

Inhaltsverzeichnis

1. Vor 80 Jahren: Ermordung von Hans und Sophie Scholl

1. Vor 80 Jahren: Ermordung von Hans und Sophie Scholl



Am 22. Februar 1943 wurden die Geschwister Hans und Sophie Scholl in München von Nationalsozialisten hingerichtet. Die beiden Mitglieder der Widerstandsgruppe "Weiße Rose" hatten Flugblätter gegen den Nationalsozialismus verteilt.

Am 18. Februar 1943 wurden die Studenten Hans und Sophie Scholl in der Münchner Universität festgenommen, weil sie ein Flugblatt der studentischen Widerstandsgruppe "Weiße Rose" vor den Hörsälen im Hauptgebäude ausgelegt hatten. Dabei wurden sie von einem Hausmeister

beobachtet, der sie bei der geheimen Staatspolizei des NS-Regimes, der Gestapo denunzierte. Der 24-jährige Hans Scholl und seine drei Jahre jüngere Schwester Sophie gehörten zu den Gegnerinnen und Gegnern des Nationalsozialismus. "In einem Staat rücksichtsloser Knebelung jeder freien Meinungsäußerung sind wir aufgewachsen", hieß es im beschlagnahmten Flugblatt. "Es gibt für uns nur eine Parole: Kampf der Partei!"

Der Verhaftung ging eine intensive Fahndung der Gestapo nach der Widerstandsgruppe voraus. Bereits im Sommer 1942 tauchten in München Flugblätter auf, die den Namen "Weiße Rose" trugen. Darin wurde unter anderem gefordert: "Leistet passiven Widerstand – wo immer Ihr auch seid!" Im Januar 1943 folgte ein Flugblatt, das mit "Widerstandsbewegung in Deutschland" überschrieben war und in mehreren Städten Süddeutschlands sowie in Österreich auftauchte. Das in der Universität München verteilte Flugblatt trug den Titel "Kommilitoninnen! Kommilitonen!". Die Gestapo vermutete die Autoren dieser Flugblätter daher in Münchner Studierendenkreisen.

Abkehr vom Nationalsozialismus

Die beiden Geschwister Hans und Sophie Scholl gehörten nicht von Anfang an zu den Gegnern des NS-Regimes. Hans Scholl war während seiner Gymnasialzeit in Ulm ein Anhänger der NSDAP. Im März 1933 trat er in die Hitler-Jugend (HJ) ein und wurde gegen den Willen seiner liberal-protestantischen Eltern "Fähnlein-Führer". 1935 nahm er am "Reichsparteitag" in Nürnberg teil. Auch seine Schwester Sophie glaubte in ihrer Schulzeit an den Nationalsozialismus, trat 1934 dem "Bund Deutscher Mädel" (BDM) bei und stieg zur Gruppenleiterin auf.

Zu einer ersten Distanzierung der Geschwister vom NS-Regime kam es, als Hans Scholl Ende 1937 von der Gestapo für zwei Wochen inhaftiert wurde, da er in Ulm eine Gruppe gegründet hatte, die sich an der verbotenen "Bündischen Jugend" orientierte und die bedingungslose Unterordnung in der HJ ablehnte. Auch Sophie Scholl wurde wegen der bündischen Aktivitäten ihres Bruders von der Gestapo vernommen. Die beiden wendeten sich in der Folge immer weiter vom Nationalsozialismus ab. Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen schrieb Sophie Scholl ihrem Freund, dem Berufsoffizier Fritz Hartnagel: "Sag nicht, es ist fürs Vaterland!".

Zusammenschluss zur "Weißen Rose"

Hans Scholl studierte ab dem Sommersemester 1939 in München Medizin. Im Mai 1940 wurde er als Sanitäter an der Front in Frankreich eingesetzt. Nach seiner Rückkehr konnte er sein Studium fortsetzen und lernte im Juni 1941 den ebenfalls regimekritischen Alexander Schmorell kennen. Die zwei Medizinstudenten versammelten im Frühjahr 1942 eine Gruppe gleichgesinnter Studierender um sich. Zu diesem nicht organisierten Freundeskreis christlich-humanistisch geprägter Studierender aus konservativem Elternhaus gehörten später auch Intellektuelle und Künstler.

Zwischen dem 27. Juni und dem 12. Juli 1942 verfassten Hans Scholl und Alexander Schmorell zusammen die ersten Flugblätter der "Weißen Rose" mit jeweils einer Auflage von rund 100 Exemplaren. Sie appellierten darin an die politische Verantwortung der "deutschen Intelligenz", den deutschen Angriffskrieg zu stoppen. Auch den Massenmord an Juden in Polen prangerten sie an und riefen zur Sabotage auf, um das NS-Regime zu stürzen: "Jedes Wort, das aus Hitlers Mund kommt, ist Lüge".

Aktionen der Widerstandsgruppe

Ende Juli 1942 wurden die Widerstandstätigkeiten von Hans Scholl und Alexander Schmorell unterbrochen, da sie als Sanitäter an der Ostfront eingesetzt wurden. Ihre Erfahrungen dort, unter anderem als sie Zeugen davon wurden, wie mit der jüdischen Bevölkerung im [Interner Link: Warschauer Ghetto](#) umgegangen wurde, bestärkte sie in ihrer Haltung. Nach ihrer Rückkehr an die Münchner Universität im November 1942 setzten sie ihre Aktionen fort.

In diesem Herbst stieß auch Sophie Scholl zur Gruppe. Sie studierte seit Mai 1942 in München Biologie und Philosophie. Sie kannte die Freunde ihres Bruders bereits und wurde ab dann in ihre Aktivitäten eingeweiht. Ende des Jahres schloss sich auch der nationalkonservative Philosophie-Professor Kurt Huber der "Weißen Rose" an. Er hatte sich zuvor auf einem privaten Leseabend mit dem Kern der Gruppe getroffen und forderte dort in der Diskussion über Grundfragen einer politischen Neuordnung: "Man muss etwas tun und zwar heute noch!" Als Kern der Gruppe galten im Januar 1943 Hans und Sophie Scholl, die Medizinstudenten Alexander Schmorell, Christoph Probst und Willi Graf sowie Professor Kurt Huber.

Im Januar 1943 unterstützte Huber Hans Scholl beim Texten des fünften Flugblattes der Gruppe. Es trug den Titel "Aufruf an alle Deutsche!". Zum ersten Mal benannte die Gruppe darin ihre politischen Ziele, wie eine "gesunde föderalistische Staatenordnung" und "einen vernünftigen Sozialismus" für die Arbeiterschaft sowie "Freiheit der Rede, Freiheit des Bekenntnisses, Schutz des einzelnen Bürgers vor der Willkür verbrecherischer Gewaltstaaten". Sie produzierten davon rund 6.000 Abzüge. An Herstellung und Verbreitung war auch Sophie Scholl beteiligt.

Nach der Kapitulation der Sechsten Armee der Wehrmacht in Stalingrad schrieb Hans Scholl zusammen mit anderen Mitgliedern der "Weißen Rose" Anfang Februar 1943 nachts Parolen an Hausfassaden in München. Diese lauteten zum Beispiel "Freiheit", "Nieder mit Hitler" und "Massenmörder Hitler". Kurt Huber verfasste in dieser Zeit das sechste und letzte Flugblatt der Gruppe. Es richtete sich ausdrücklich an die Münchner Studierenden und gegen Hitler. "Der Tag der Abrechnung ist gekommen", hieß es darin.

Todesurteil und Ermordung

Nach ihrer Verhaftung am 18. Februar 1943 in der Universität wurden Sophie und Hans Scholl einzeln verhört. Zunächst stritten sie alle Vorwürfe ab. Sophie Scholl legte erst ein Geständnis ab, als sie am nächsten Morgen um vier Uhr früh erfuhr, dass ihr Bruder gestanden habe. Die Gestapo hatte inzwischen die Schreibmaschine entdeckt, auf der die Matrizen für die Flugblätter getippt worden waren.

Weil Hans Scholl bei der Verhaftung einen Flugblatt-Entwurf bei sich gehabt hatte, kam die Gestapo auch Christoph Probst auf die Spur, ein Student, der während seines Medizinstudiums Hans und Sophie Scholl kennengelernt hatte und sich im Januar 1943 der „Weißen Rose“ angeschlossen hatte. Er hatte den Text auf Bitten von Hans Scholl verfasst und wurde ebenfalls verhaftet. Die Gestapo bot Sophie Scholl im Verhör an, sie könne der Todesstrafe entgehen, wenn sie sich von ihrem Bruder distanzieren. Doch sie lehnte ab: "Ich bin nach wie vor der Meinung, das Beste getan zu haben, was ich gerade jetzt für mein Volk tun konnte."

Bereits am 22. Februar 1943 wurde Hans Scholl, Sophie Scholl und Christoph Probst der Prozess vor dem Volksgerichtshof gemacht. Richter Roland Freisler verurteilte die drei Angeklagten wegen "landesverräterischer Feindbegünstigung, Vorbereitung zum Hochverrat und Wehrkraftzersetzung" zum Tode. Noch am selben Tag wurden Sophie und Hans Scholl sowie Christoph Probst im Gefängnis München-Stadelheim mit dem Fallbeil hingerichtet.

Im April 1943 fand der zweite Prozess gegen 14 weitere Mitglieder der "Weißen Rose" statt. Der Volksgerichtshof verurteilte unter anderem Alexander Schmorell, Willi Graf und Kurt Huber zum Tode. Andere Beschuldigte erhielten langjährige Freiheitsstrafen. Im Herbst 1943 entdeckte die Gestapo einen Ableger der "Weißen Rose" in Hamburg. Mehr als 20 Menschen wurden verhaftet. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges wurden zehn weitere Regimegegner aus dem Umfeld der Widerstandsgruppe von den Nationalsozialisten ermordet.

Erinnerung und Gedenken

Während des Nationalsozialismus wurden die Mitglieder der "Weißen Rose" in deutschen Zeitungen als "Verräter" diffamiert. Die ausländische Presse hingegen würdigte sie. Nach Kriegsende fand die erste Gedenkfeier für die "Weiße Rose" am 4. November 1945 im Münchner Schauspielhaus statt. Die deutschen Medien erinnerten in der Nachkriegszeit immer wieder an deren Wirken. Dennoch fokussierte die bundesdeutsche Öffentlichkeit ihre Aufmerksamkeit auf den militärischen Widerstand um Claus Graf Stauffenberg und das Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944. In der DDR wurde die "Weiße Rose" politisch als rein antifaschistisch dargestellt, ihre humanistischen und religiösen Motive wurden unterschlagen.

In der Folge der studentischen Proteste von 1968 wurde die "Weiße Rose" in der Bundesrepublik in einer christlich-bürgerlichen Tradition verortet. Die zunehmende Forschung in den 1980er-Jahren brachte eine Wende in der Betrachtung. Die Beweggründe der Gruppenmitglieder rückten in ihrer Gesamtheit in den Fokus. Es zeichnete sich jedoch auch eine Glorifizierung ab, die sich auf die Geschwister Scholl konzentriert und besonders Sophie Scholl hervorhebt.

Aus Anlass des 100. Geburtstages von Sophie Scholl forderte Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden, 2021 eine differenzierte Betrachtung der Widerstandskämpfer der NS-Zeit. Es sei nicht klug, sie als perfekte Menschen darzustellen: "Wenn sie auf einen Sockel gestellt werden, taugen sie nicht mehr als Vorbild. Denn dann sind sie unerreichbar."

Sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik wurden die Mitglieder der "Weißen Rose" zu Namensgebern von Straßen, Plätzen und Schulen. Auch verschiedene Gedenkstätten entstanden. Dazu gehören unter anderem der Erinnerungsort am Lichthof der Universität München, die Gedenkstätte in Sophie Scholls Geburtsort Forchtenberg, das Mahnmal in einer Hamburger Fußgängerzone und die Dauerausstellung in der Ulmer Volkshochschule.

Auch in der Berliner "Gedenkstätte Deutscher Widerstand" wird die "Weiße Rose" gewürdigt. Sie wird dabei als ziviler Widerstandskreis außerhalb der [Interner Link: zivil-militärischen Verschwörung vom 20. Juli 1944](#) verortet. Im Bereich der Jugendopposition wiederum unterschied sich ihr Widerstand von anderen eher unpolitischen Jugendgruppen wie den [Interner Link:](#)

"Edelweißpiraten" und der "Swingjugend"

Im Zeitverlauf wurde der Widerstand der "Weißen Rose" immer wieder unterschiedlich und teils auch umstritten auf die Gegenwart bezogen. Zum Beispiel präsentierten sich AfD-Funktionäre 2018 auf einer Demonstration in Chemnitz mit weißen Rosen am Revers. Darauf reagierten die Abgeordneten von CDU, SPD und Linke im Saarländischen Landtag mit dem Tragen einer weißen Rose in einer Plenarsitzung. Sie wollten damit ein demokratisches Zeichen "gegen den Missbrauch der 'Weißen Rose'" setzen.

Bei einer "Querdenken"-Kundgebung im November 2020 in Hannover sagt eine Rednerin: "Ich fühle mich wie Sophie Scholl, da ich seit Monaten hier aktiv im Widerstand bin." Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen mit der NS-Zeit zu vergleichen, wurde von vielen Seiten kritisiert, insbesondere in Hinblick auf eine Relativierung des Holocaust und eine Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus.

Für eine Kontroverse sorgte zudem das Instagram-Projekt "Ich bin Sophie Scholl" der Rundfunkanstalten SWR und BR. Dabei wurden die letzten zehn Monate von Sophie Scholls Leben von einer Schauspielerin dargestellt. Die Reaktionen darauf waren gespalten: Das Projekt wurde einerseits mit Preisen ausgezeichnet und hatte über 700.000 Follower. Andererseits wurde die Realisierung der Idee auch kritisiert. So gab die Bildungsstätte Anne Frank zu bedenken: "Durch einen starken Fokus auf weißen, christlichen, deutschen Widerstand, rücken die eigentlichen Opfer nationalsozialistischer Vernichtungs- und Eroberungspolitik zwangsläufig in den Hintergrund".

Die "Weiße Rose" und die Geschwister Scholl gelten vielen bis heute als Vorbilder und starke Symbole. Die Gefahr der Instrumentalisierung der studentischen Widerstandsgruppe besteht weiterhin.

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

-> Vor 80 Jahren: Ermordung von Hans und Sophie Scholl, in: bpb online, online verfügbar seit 21.02.2023 unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/518394/vor-80-jahren-ermordung-von-hans-und-sophie-scholl/>, zuletzt geprüft am 22.10.2025.

->

->

Sekundärliteratur

->

->

->

Passiver Widerstand

Inhaltsverzeichnis

1. Verweigerung im Alltag und Widerstand im Krieg

1. Verweigerung im Alltag und Widerstand im Krieg

Seit 1934 erlaubte das "Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Partei und Staat und zum Schutz der Parteiuniformen" der NS-Justiz jegliche Systemkritik mit harten Strafen zu ahnden. Dennoch regte sich sowohl ziviler als auch militärischer Widerstand, wovon alleine 35000 Verurteilungen wegen Fahnenflucht während des Krieges zeugen.



Bundesarchiv, Bild 183-B0708-0014-004
Foto: Brüggmann, Eva; Stöhr | 8. Juli 1963

Greta Kuckoff (rechts im Bild als Zuschauerin beim Globke-Prozess in der DDR 1963) war während des Nationalsozialismus Mitglied der Widerstandgruppe "Rote Kapelle". Als Gefangene im Zuchthaus Waldheim konnte sie von der Roten Armee befreit werden. 1945 trat sie in die KPD, lebte in der DDR und war Vizepräsidentin des Friedensrates der DDR. (Bundesarchiv, 183-B0708-0014-004, Foto: Brüggmann, Eva; Stöhr) Lizenz: [cc by-sa/3.0/de](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/)

Einleitung

Die nationalsozialistische Herrschaft gründete sich auf Zustimmung, Verführung und Gewalt, auf völkische Gemeinschaftsideologie, betreuende Gleichmacherei und große außenpolitische Erfolge bis 1940. Die Zustimmung der Bevölkerung wurde zudem durch Propaganda und Inszenierungen des Hitler-Kultes aufrechterhalten und immer wieder neu angefacht. Zum Herrschaftssystem gehörte aber auch der Druck der Massenorganisationen auf jeden einzelnen; damit wurde die Illusion der nationalsozialistischen "Volksgemeinschaft" erzeugt und am Leben gehalten. Für diejenigen, bei denen diese Mischung aus Propaganda, Lockung und Zwang nicht ausreichte, gab es ein weiteres System von Verboten, Strafen und Terror, das bis zum Ende der NS-Herrschaft immer wieder erweitert wurde. Kritik am Regime, öffentliche Verweigerung und ziviler Ungehorsam waren Straftatbestände, gegen die der NS-Staat mit unerbittlicher Härte vorging. Zu den Instrumenten gehörte das "Heimtückegesetz" vom Dezember 1934 ("Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Partei und Staat und zum Schutz der Parteiuniformen"). Diente gegen politische Gegner die Einweisung ins KZ (wo sie der Willkür der SS preisgegeben waren, ohne daß die Justiz sich darum kümmerte), so war das "Heimtückegesetz" der Maulkorb gegen damals so genannte "Meckerer" und "Miesmacher". Von diesem Gesetz machte die NS-Justiz reichlichen Gebrauch.

Wer sich durch Verstoß gegen diese Gesetze und Verordnungen als Unzufriedener, als Regimekritiker, Oppositioneller oder Widerständler zu erkennen gab, fand sich nicht vor den Schranken der ordentlichen Justiz wieder. Schon im März 1933 waren Sondergerichte eingerichtet worden (als besondere Strafgerichte bei den Oberlandesgerichten), für die die normale Prozeßordnung nicht galt. Es waren auch keine Rechtsmittel zulässig. Die Sondergerichte verurteilten insgesamt etwa 11.000 Menschen zum Tode. Auch wenn man berücksichtigt, daß die Sondergerichte ab Herbst 1939 auch für bestimmte Eigentums-, Gewalt- und Wirtschaftsvergehen zuständig waren (sie reichten von Schwarzschlachtung über Lebensmittelkartenbetrug bis zu Diebstahl "unter Ausnutzung des Kriegszustandes"), so übertraf die Zahl der Verurteilungen bei weitem die des berüchtigten "Volksgerichtshofs", der seit 1934 für Hoch- und Landesverrat zuständig war. Die Beschreibung eines Rechtsanwalts aus dem Jahre 1938 traf vollkommen zu: "Seine Aufgabe ist nicht die, Recht zu sprechen, sondern die, die Gegner des Nationalsozialismus zu vernichten." Die insgesamt 5.000 Todesurteile des Volksgerichtshofs trafen Widerstand Leistende aus allen Kreisen und Schichten.

Mit Kriegsbeginn wurden Verbote erlassen, die neue Straftatbestände schufen und damit Zehntausende von Deutschen zu "Straftätern" machten. Die "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen" stellte das Hören ausländischer Rundfunksender unter hohe Strafen, sogar Todesurteile waren möglich. Trotzdem haben während des Krieges etwa zwei Millionen Deutsche mehr oder weniger regelmäßig "Feindsender" gehört, darunter die Ansprachen des Schriftstellers Thomas Mann, in dem er "Deutsche Hörer" beschwor, der Welt ein Zeichen des Widerstandes und damit der Existenz des besseren Deutschlands zu geben. Ab 1939 war auch "Wehrkraftzersetzung"

ein Delikt. Bestraft wurden Äußerungen, die geeignet waren, die "Wehrkraft des deutschen Volkes" zu schwächen. Dazu gehörten auch Zweifel am häufig propagierten siegreichen Ausgang des Krieges. Verboten waren persönliche Kontakte mit Kriegsgefangenen und "Fremdarbeitern". Wer also Angehörigen dieser elend behandelten Gruppen von Ausländern Mitleid und Barmherzigkeit erwies, ihnen z. B. Brot schenkte, machte sich strafbar.

Die Handlungsmöglichkeiten der Opposition gegen das Regime ohne das Risiko unverhältnismäßiger Strafen waren im nationalsozialistischen Deutschland also sehr beschränkt. Es blieb die stille Verweigerung, das Festhalten an religiösen oder politischen Überzeugungen, die im geschlossenen Kreis gepflegt wurden. Man konnte seinem Unmut durch Witze über das Regime und die "Bonzen" Luft machen, solange man nicht denunziert wurde. Man konnte statt "Heil Hitler" mit "Grüß Gott" grüßen; das war in katholischen Gegenden beliebt. Dies waren verbreitete Gesten der Abwehr und der Behauptung gegenüber dem Verfügungsanspruch von Staat und NSDAP.

Hilfe und Solidarität für Verfolgte waren dagegen weitaus gefährlicher. Sie wurden trotzdem vielfach geleistet, insbesondere ab 1941, als es darum ging, Juden vor der Deportation und Vernichtung zu bewahren. Das konnte durch Hilfe zur Flucht ins Ausland geschehen oder durch die Gewährung von Verstecken, Arbeitsplätzen oder das Beschaffen einer neuen Identität für Untergetauchte, die in die Illegalität geflüchtet waren.

Mindestens 10.000 Juden lebten in vielfach bedrohter Existenz im Untergrund, vor allem in Berlin und anderen großen Städten. Das Organisieren von Essen, der Diebstahl von Lebensmittelkarten, der Handel mit gefälschten Dokumenten, das Erschleichen von Bescheinigungen gehörten zum Alltag der Helfer, die damit Widerstand gegen den NS-Staat leisteten. Sie riskierten tagtäglich ihren Kopf, indem sie das rettende Netz für die Illegalen immer wieder neu zuknüpften.

Wieder eine andere Form von Widerstand bildeten die Versuche, mit alltäglichen Mitteln den Opfern des Krieges - ausländischen Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen oder Verfolgten - zu helfen. Das höchste Risiko gingen diejenigen ein, die durch schleppende Arbeit in der Rüstungsindustrie (Sabotage) oder durch die Übermittlung von Nachrichten an die Kriegsgegner ein Ende des Krieges erzwingen wollten. Für die Nationalsozialisten waren das Straftaten wie "Feindbegünstigung" oder Hochverrat.

Die Rote Kapelle

Der Name dieses Widerstandsnetzes, dem über 150 Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft angehörten, stammt von der deutschen militärischen Abwehr. Er wurde ursprünglich für verschiedene Gruppen gebraucht, die zu Beginn des Zweiten Weltkrieges in Westeuropa für den sowjetischen Nachrichtendienst arbeiteten, dann auch als Pauschalbezeichnung für vorwiegend linksintellektuelle Widerstandsgruppen in Berlin. Sie wurden wegen ihrer Kontaktaufnahme mit der Sowjetunion von den Nationalsozialisten dem westeuropäischen Netz der Roten Kapelle zugeordnet.

Nach jüngsten Forschungsergebnissen handelte es sich ursprünglich um mehrere Gesprächskreise, die sich zum Teil schon seit 1933 in der Opposition gegen den Nationalsozialismus zusammengefunden hatten. Bei Arvid Harnack (er war Oberregierungsrat im

Reichswirtschaftsministerium) und seiner Frau Mildred trafen sich Intellektuelle und Wissenschaftler. Um Harro Schulze-Boysen, der seit 1934 als Oberleutnant im Reichsluftfahrtministerium arbeitete, scharte sich ein Freundeskreis sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher Herkunft, zu dem der Bildhauer Kurt Schumacher ebenso gehörte wie der Schriftsteller Günther Weisenborn, die Tänzerin Oda Schottmüller oder der nichtparteigebundene Kommunist Walter Küchenmeister. Seit 1940 standen Schulze-Boysen und Harnack in Verbindung. Hinzu kamen ein Kreis junger Kommunisten, dessen Mittelpunkt der Arbeiter Hans Coppi bildete, eine Gruppe um den Schweizer Psychoanalytiker John Rittmeister und andere, die sich in Diskussionen um Kunst, Kultur und Politik zu Gegnern der nationalsozialistischen Diktatur entwickelt hatten.

Ab Herbst 1940 hatte Arvid Harnack Kontakt zu einem Mitarbeiter des sowjetischen Nachrichtendienstes in Berlin, ab März 1941 nahm auch Schulze-Boysen an den Treffen teil. Sie beabsichtigten, mit der sowjetischen Seite eine Gesprächs- und Vertrauensbasis zu schaffen, die eine Beendigung des Krieges und dann die außenpolitische Verständigung mit Ost und West ermöglichen sollte. Es gelang der Harnack/Schulze-Boysen-Gruppe jedoch nur in Ansätzen, eine Kommunikation mit Moskau aufzubauen. Sie hatte wohl nicht die Möglichkeit, umfassende militärische Pläne der Wehrmacht an die Sowjetunion zu übermitteln. Was und wieviel der sowjetischen Seite berichtet wurde, ist bislang unter Historikern umstritten. Allerdings wurde schon im Sommer 1942 der sowjetische Versuch, über Fallschirmspringer Nachrichtenverbindungen zu deutschen Widerstandskreisen herzustellen, der Roten Kapelle zum Verhängnis.

Mehr als 150 Personen waren beteiligt an der Widerstandsorganisation, die sich vor allem durch Flugschriften und Klebezettel in Berlin bemerkbar gemacht hatte. 126 von ihnen wurden zwischen Herbst 1942 und Frühjahr 1943 verhaftet und wegen "Spionage", "Vorbereitung zum Hochverrat" oder "Feindbegünstigung" vom Reichskriegsgericht oder dem Volksgerichtshof zu Todes- und Zuchthausstrafen verurteilt. Einige wurden ohne Verfahren ermordet.

Aus ganz verschiedenen gesellschaftlichen Schichten kommend, mit unterschiedlicher Bildung und von ganz abweichenden politischen Überzeugungen hatten die Träger dieses Widerstandes die Beendigung des Krieges erstrebt. Sie hofften auf eine Vertrauensbasis mit der Sowjetunion, die eine außenpolitische Verständigung mit Moskau ermöglicht hätte. Dadurch sollte Deutschland eine Mittlerrolle zwischen Ost- und Westeuropa in einer neuen Friedensordnung zufallen. Grundgedanken im Konzept der Roten Kapelle war die Sicherung der Eigenständigkeit Deutschlands als Nationalstaat. Die Rote Kapelle war weder die straff organisierte kommunistische Kadergruppe, die Moskaus Befehle ausführte (so lautete die offizielle Version der DDR-Geschichtsschreibung), noch die landesverräterische Spionageorganisation im Dienste des Feindes (als die sie viele westdeutsche Historiker lange Zeit einordneten). Daher sind Rolle und Bedeutung der Roten Kapelle in und für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Geschichtswissenschaft bis heute umstritten.

Das Nationalkomitee "Freies Deutschland"

Unter dem Makel des Verrats standen auch die deutschen Soldaten, die sich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft zur Opposition gegen den NS-Staat entschlossen. In Krasnogorsk bei Moskau war im Juli 1943 von deutschen Kriegsgefangenen der bei Stalingrad vernichteten 6. Armee und

von kommunistischen Emigranten ein "Nationalkomitee" mit dem programmatischen Titel "Freies Deutschland" (NKFD) gegründet worden. An der Gründungsversammlung nahmen etwa 300 Personen teil. Der Schriftsteller Erich Weinert hielt das Grundsatzreferat, in dem er die Rettung des deutschen Vaterlandes durch den Sturz Hitlers propagierte und an die deutsch-russische Waffenbrüderschaft in den Befreiungskriegen gegen Napoleon erinnerte. Er appellierte zudem an den Patriotismus der Deutschen im Zeichen der schwarz-weiß-roten Fahnen des Kaiserreichs, mit denen auch der Saal geschmückt war.

Das Gründungsmanifest wurde in der ersten Nummer der Zeitung "Freies Deutschland" publiziert, die ebenfalls durch schwarz-weiß-rote Aufmachung deutschnationale Gefühle bei Offizieren und Soldaten der Wehrmacht anrühren wollte. Zu den Unterzeichnern des Manifests gehörten u. a. der Schriftsteller und spätere Kulturminister der DDR Johannes R. Becher, Willi Bredel sowie die nach Moskau emigrierten ehemaligen Reichstagsabgeordneten der KPD Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht. Die beiden machten nach dem Krieg Karriere als Staatspräsident der DDR und als Generalsekretär der SED.

Das Manifest "An die Wehrmacht und an das deutsche Volk" enthielt das politische Programm des NKFD. Ausgehend von der Einsicht in das Unrecht und die Aussichtslosigkeit des Krieges wurde zum Sturz des Hitlerregimes aufgerufen, um Deutschland als Staat und in seinem territorialen Bestand zu retten. Da niemand mit Hitler Frieden schließen werde, müsse eine neue Regierung, gestützt auf antinationalsozialistische Truppen, sofort den Krieg beenden, die Wehrmacht an Deutschlands Grenzen zurückführen und Friedensverhandlungen unter Verzicht auf alle Eroberungen beginnen. Die Verurteilung aller Kriegsverbrecher und führenden Nationalsozialisten sollte am Beginn eines freien Deutschlands stehen, in dem die demokratischen Rechte garantiert werden sollten.

Der Aufruf gipfelte in der Forderung, bewaffnet "den Weg zur Heimat, zum Frieden" zu suchen: "Die Opfer im Kampf um Deutschlands Befreiung werden tausendfach geringer sein als die sinnlosen Opfer, die eine Fortsetzung des Krieges erfordert." Die Idee zur Gründung einer Sammlungsbewegung, in der kommunistische Emigranten Arm in Arm mit gefangenen nationalbewußten Wehrmachtsoffizieren und Soldaten gegen den Nationalsozialismus agieren sollten, war in der politischen Abteilung der Roten Armee entstanden.

Die Voraussetzungen schienen in der Niederlage von Stalingrad und weiteren militärischen Erfolgen der Sowjetunion gegeben; die Politik der Kommunistischen Internationale (Komintern) stand längst im Zeichen der Volksfronttaktik, die anstelle der Klassenkampfparolen nationales Bewußtsein propagierte, um alle politischen Richtungen im Kampf gegen Hitlerdeutschland zu vereinigen. Stalin selbst setzte Hoffnungen auf die Sammlung aller "antifaschistischen Deutschen", um den Krieg schneller beenden zu können.

"Bund deutscher Offiziere"

Sowjetische Offiziere und deutsche kommunistische Emigranten warben im Sommer 1943 unter den gefangenen deutschen Offizieren für die Ziele des NKFD. Die Offiziere hatten gezögert, sich der kommunistisch dominierten Organisation anzuschließen. Sie fühlten sich aber auch von Hitler verraten, der durch sinnlose Durchhaltebefehle den Tod von mindestens 100.000 Soldaten bei

Stalingrad verursacht hatte. Im September 1943 fanden sich schließlich einige deutsche Generale bereit, aus der Gefangenschaft heraus sich gegen Hitler zu wenden. Auf sowjetischen Vorschlag gründeten sie den "Bund Deutscher Offiziere". Die Mitglieder waren u. a. mit dem Versprechen geködert worden, die Sowjetunion setze sich für den territorialen Fortbestand Deutschlands in den Grenzen von 1937 ein, wenn der Offiziersbund einen Staatsstreich gegen Hitler bewirken könne. Generale, aber auch niedrigere Ränge, ließen sich für den Offiziersbund (der gleich nach der Gründung mit dem NKFD zusammengeschlossen wurde) gewinnen, sahen aber ihre Erwartungen in zweifacher Hinsicht enttäuscht: Zum einen blieben die Appelle des NKFD, durch Flugblätter und über Lautsprecherdurchsagen an die deutschen Truppen der Ostfront, durch den in Moskau stationierten Rundfunksender "Freies Deutschland" (der in ganz Deutschland zu empfangen war) und durch eine Wochenzeitung (Auflage 50.000 Stück) verbreitet, wirkungslos. Zum anderen gingen die Hoffnungen des NKFD auf die Überwindung der Kluft zwischen der kommunistischen Ideologie und dem bürgerlichen Nationalbewußtsein der Soldaten nicht in Erfüllung. Die antifaschistische Schulung in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern erwies sich weithin als marxistisch-leninistische Indoktrination.

Aus diesem Grunde, aber auch wegen des Vorwurfs, Landesverrat begangen zu haben, wurde das NKFD in Westdeutschland lange Zeit nicht als Widerstandsorganisation anerkannt. In Ostdeutschland hingegen ist es als Inbegriff des "klassenübergreifenden" Widerstandes gegen den "Hitlerfaschismus" verherrlicht worden.

Beide Wertungen werden der Wirklichkeit wohl nicht gerecht. Die Propagandatätigkeit des NKFD hatte nicht den politischen und sozialen Stellenwert, den ihr Historiker und Politiker in der DDR zumaßen, weil sie praktisch kaum etwas bewirkte und das NKFD im Dienste der sowjetischen Kriegsführung schon 1944 kaum noch eine Rolle spielte. Es war aber wohl auch nicht nur als Landesverrat zu bewerten, aus der Kriegsgefangenschaft heraus für den Sturz des NS-Regimes zu arbeiten, um weiteren Hunderttausenden das sinnlose Hingeschlachtetwerden wie in Stalingrad zu ersparen.

Kriegsdienstverweigerung und Fahnenflucht

In der historischen und politischen Diskussion um Verweigerung und Widerstand gegen das NS-Regime sind Bedeutung und Einordnung von Kriegsdienstverweigerung und Fahnenflucht bis heute umstritten. Während sie einerseits als Zeichen von Angst, Feigheit und Verrat gewertet werden, spricht die andere Seite von einer Schwächung des Regimes durch individuelle Unterlassung, von Verweigerung der Unterstützung eines Eroberungskrieges und von einem individuellen Akt des Widerstandes.

Die Motive für diese höchst risikoreichen, individuellen Entscheidungen lassen sich sicher nicht bis ins einzelne und bei jedem einzelnen ausloten und entziehen sich einem pauschalen Zugriff ebenso wie einer detaillierten Darstellung. Man wird wohl in den meisten Fällen von einem Motivbündel ausgehen müssen, das sich von Außenstehenden kaum entwirren läßt. Insofern sind eindeutige Urteile über diese Gewissensentscheidungen nur schwer möglich. Auf jeden Fall aber wurden Kriegsdienstverweigerung und Fahnenflucht vom nationalsozialistischen Regime als Auflehnung und verbrecherische Widerstandshandlungen empfunden. Entsprechend waren die Strafen.

Motivbündel

Tausende von Soldaten haben im Zweiten Weltkrieg durch Kriegsdienstverweigerung versucht, sich dem Dienst mit der Waffe zu entziehen. Dafür gab es zum einen religiöse und ethische Gründe, wie etwa bei den Zeugen Jehovas, aber auch bei evangelischen und katholischen Christen, die nicht an kriegerischem Unrecht beteiligt sein wollten. Seit August 1939 war im Deutschen Reich die "Kriegssonderstrafrechtsverordnung" in Kraft, mit der jede Art von "Wehrkraftzersetzung" unterbunden werden sollte. Defätistische Äußerungen, Anstiftung zur Fahnenflucht, alle Arten von Wehrdienstentziehung standen unter Strafandrohung. Etwa 30.000mal waren Kriegsgerichte, Sondergerichte und der Volksgerichtshof deswegen tätig. 5.000 Todesurteile wurden gefällt.

Wegen Fahnenflucht ergingen im Laufe des Krieges 35.000 Urteile der Militärgerichtsbarkeit, darunter 22.000 Todesurteile, von denen 15.000 vollstreckt wurden. Selbstverständlich waren viele Fälle von Fahnenflucht keine Akte des Widerstandes oder der Demonstration gegen den Nationalsozialismus. Zu den Motiven gehörten sicher auch Heimweh oder Feigheit und Verrat, ebenso wie das Entsetzen über den Krieg, über die Verbrechen an der Zivilbevölkerung und über die Judenmorde, deren unfreiwillige Zeugen viele Wehrmachtsoldaten im Osten wurden. Psychische Probleme konnten Fahnenflucht auslösen oder ein Übermaß an Schikanen durch Vorgesetzte.

Bei vielen Deserteuren hat aber wohl das politische Motiv eine wichtige Rolle gespielt: Zu ihnen kann man auch die rechnen, die schließlich von der Sinnlosigkeit des Krieges überzeugt waren und ihn nicht mehr verlängern wollten. Sie legten es darauf an, in Gefangenschaft zu geraten. In der letzten Phase des Krieges geschah dies mit steigender Tendenz. Andere, insbesondere Angehörige von Straf- oder "Bewährungs"-Einheiten, liefen in Kompaniestärke zum Gegner über oder schlossen sich dem Widerstandskampf nationaler Befreiungsbewegungen an.

So machte es etwa Ludwig Gehm, der als Mitglied des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) ab 1933 vier Jahre lang politischen Widerstand geleistet hatte. Deshalb kam er ins Zuchthaus und dann ins KZ. 1943 wurde er von Buchenwald aus für das berüchtigte Strafbataillon 999 rekrutiert. In Griechenland desertierte er - wie viele seiner Kameraden - und schloß sich griechischen Partisanen an, mit denen er gegen die Wehrmacht kämpfte. Britische Kriegsgefangenschaft bis 1947 blieb ihm deswegen nicht erspart.

Ludwig Gehm, Arbeitersohn aus Frankfurt und gelernter Dreher, war politisch aktiv von Jugend an. Später, von 1958 bis 1972, war er Stadtrat in seiner Heimatstadt. Er hat sich nicht nur dem Unrechtsregime verweigert, sondern ihm allen Widerstand entgegengesetzt, der ihm möglich war. Er hat versucht in die Tat umzusetzen, was Thomas Mann von den Deutschen in seinen Rundfunkansprachen immer wieder verlangte: "Wenn ihr es nicht im letzten Augenblick fertigbringt, euch des Gesindels zu entledigen, das euch und der Menschheit so Schandbares angetan hat, so ist alles verloren, Leben und Ehre." (27. Juli 1943)

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

-> Benz, Wolfgang: Verweigerung im Alltag und Widerstand im Krieg, in: bpb online, online verfügbar seit 09.04.2005 unter: <https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/dossier-nationalsozialismus/39563/verweigerung-im-alltag-und-widerstand-im-krieg/>, zuletzt geprüft am 22.10.2025.

->

->

Sekundärliteratur

->

->

Wehrmacht im NS-Staat

Überfall auf Polen

Das Deutsche Reich im Zweiten Weltkrieg

Persönlichkeiten

Inhaltsverzeichnis

1. Adolf Hitler
2. Adolf Eichmann
3. Anne Frank
4. Georg Elser
5. Hans und Sophie Scholl
6. Klaus Schenk Graf von Stauffenberg
7. Oskar Schindler
8. Margot Friedländer

1. Adolf Hitler

1889 – 1945

Politiker, Reichskanzler

Als Parteivorsitzender der NSDAP, Reichskanzler und oberster Befehlshaber der Wehrmacht prägte Adolf Hitler wie kein Zweiter die deutsche und europäische Geschichte von 1933 bis 1945. Für die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs, dem schätzungsweise über 70 Millionen Menschen zum Opfer fielen, sowie für die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das NS-Regime trägt er die politische Hauptverantwortung.

Biografie

alternativer text

Adolf Hitler, BSB / Bildarchiv / Fotoarchiv Hoffmann ([InC](#))

Herkunft, Jugend und früher Werdegang in Wien

Hitler wuchs in gesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen auf und besuchte seit Mai 1895 Volksschulen in Oberösterreich sowie seit September 1900 die Staats-Realschule in Linz. Im September 1904 wechselte er an die Staats-Oberrealschule in Steyr, die er nach einem Jahr aufgrund ungenügender Leistungen verlassen musste. Anschließend bei seiner Mutter in Linz lebend, widmete sich Hitler seinen künstlerischen Neigungen, ohne eine Berufsausbildung zu

absolvieren. Im Oktober 1907 scheiterte seine erste Bewerbung zur Aufnahme in die Akademie der bildenden Künste in Wien. Nach dem Tod der Mutter übersiedelte Hitler im Februar 1908 mit seinem Jugendfreund August Kubizek (1888-1956) nach Wien, wo er sich zu einem passionierten Anhänger der Werke Richard Wagners (1812-1883) entwickelte und von der Architektur und den Musiktheatern der Stadt geprägt wurde.

Im September 1908 bewarb sich Hitler erneut an der Akademie der bildenden Künste, durfte jedoch nicht mehr zum Probezeichnen antreten. Anschließend knüpfte er an seinen müßiggängerischen Lebenswandel an, verbrauchte das mütterliche Erbe und lebte seit Februar 1910 in einem Männerheim in Wien-Brigittenau, wo er seinen Lebensunterhalt mit dem Verkauf selbstangefertigter Postkarten und Aquarelle bestritt. Politisch trat Hitler in dieser Zeit nicht hervor; verbürgt sind jedoch starke Aversionen gegen die römisch-katholische Kirche und die Habsburgermonarchie sowie Sympathien für die österreichische Alldeutsche Bewegung um Georg von Schönerer (1842-1921). Für die Behauptung Hitlers in „Mein Kampf“, bereits in Wien einen Weltanschauungsantisemitismus entwickelt zu haben, gibt es keine belastbaren Belege. Jedoch führt von der Begeisterung für Wagner eine Brücke zur späteren politischen Karriere: In Wien entwickelte Hitler ein Gespür für die suggestive Macht wirkungsästhetisch orientierter Aufführungen und legte die Grundlage für eine Ästhetisierung des Politischen, die nach 1918 zu seinem politischen Markenzeichen wurde.

Erster Weltkrieg und politische Karriere bis 1923

Im Mai 1913 übersiedelte Hitler nach München, wo er erneut von dem Verkauf von künstlerischen Gelegenheitsarbeiten lebte. Anfang August 1914 meldete er sich als Kriegsfreiwilliger zur bayerischen Armee, wurde Ende Oktober als Soldat des 16. Reserve-Infanterie-Regiments bei der Schlacht von Ypern eingesetzt und diente danach bis Kriegsende als Meldegänger des Regimentsstabs. Der Erste Weltkrieg markierte für Hitler insofern eine wichtige Zäsur, als er vier Jahre einem regelmäßigen, militärisch diktierten Lebensrhythmus folgte und durch seine Fronterfahrung symbolisches Kapital gewann, das er für seine politische Karriere nach 1918 zu nutzen verstand. Das Kriegsende erlebte er infolge einer Gasverletzung in einem Lazarett in Pasewalk bei Stettin, aus dem er am 19. November 1918 entlassen wurde.

Seit dem 21. November 1918 zurück in München, wurde Hitler der 7. Kompanie des I. Ersatzbataillons des 2. Infanterie-Regiments zugewiesen und zum Vertrauensmann des Bataillons gewählt. Er opponierte nicht gegen die aus der Novemberrevolution hervorgegangene Regierung Kurt Eisners (1867-1919). Erst nach Zerschlagung der Münchner Räterepublik stellte er sich auf die Seite der Gegenrevolution und wurde u. a. im August 1919 als Teil eines antibolschewistischen „Aufklärungskommandos“ der bayerischen Armee in einem Durchgangslager für Kriegsheimkehrer in Lechfeld bei Augsburg eingesetzt. In dieser Zeit entwickelte Hitler die bis zu seinem Tod unveränderten Grundlagen seiner Ideologie: Ein radikaler Antisemitismus, in dessen letzter Konsequenz die Ermordung von Juden lag, verband sich mit exzessivem Nationalismus, Sozialdarwinismus und Antikapitalismus. Ein zentraler Ideengeber und Mentor dieser Zeit war der Verleger und Publizist Dietrich Eckart (1868-1923). Weitere völkische Autoren, die Hitlers Weltbild prägten, waren v. a. Houston Stewart Chamberlain (1855-1927), Theodor Fritsch (1852-1933) und

Hans F. K. Günther (1891–1968).

Im September 1919 schloss sich Hitler in München der von Anton Drexler (1884–1942) geführten Deutschen Arbeiterpartei an, die am 24. Februar 1920 in NSDAP umbenannt wurde. Nach internen Konflikten, in deren Folge er kurzzeitig aus der Partei austrat, wurde Hitler am 29. Juli 1921 zum ersten Parteivorsitzenden gewählt und erhielt diktatorische Vollmachten. Dies gelang ihm v. a., weil er wie kein anderes Parteimitglied die Zuhörer auf politischen Massenveranstaltungen durch seine Redemacht für die NSDAP zu interessieren vermochte. Hitlers oratorische Performanz verschaffte ihm in der in München besonders starken völkisch-nationalistischen Szene ein Alleinstellungsmerkmal. In den ersten Jahren seiner politischen Karriere profitierte er zudem stark von großbürgerlichen Förderern, darunter die Unternehmergattin Helene Bechstein (1876–1951) und die Salonière Elsa Bruckmann (1865–1946).

Sein Ziel, die liberal-demokratische Weimarer Republik zu Fall zu bringen, verfolgte Hitler zunächst nach dem Vorbild Benito Mussolinis (1883–1945) über den Weg eines revolutionären Umsturzes, wobei er bereit war, mit Rivalen aus dem Lager der radikalen Rechten zu kooperieren. Nachdem am 9. November 1923 ein mit Erich Ludendorff (1865–1937) unternommener, unzureichend vorbereiteter Putschversuch durch das Eingreifen der bayerischen Landespolizei niedergeschlagen worden war, wurde Hitler verhaftet, am 1. April 1924 vor dem Volksgericht München I wegen Hochverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt und am selben Tag in die Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech verbracht. Die milden Haftbedingungen nutzte er v. a. dafür, mit der Niederschrift des ersten Bands von „Mein Kampf“ (2 Bde., 1925/26) zu beginnen – einer stark selektiven und stilisierten Autobiografie sowie ideologischen Bekenntnis- und Programmschrift, deren einbändige „Volksausgabe“ seit 1930 zum Bestseller avancierte und die finanzielle Unabhängigkeit Hitlers dauerhaft sicherte. Auf Fürsprache des Leiters der Haftanstalt, Otto Leybold (1868–1933), wurde er am 20. Dezember 1924 auf Bewährung entlassen.

Neugründung der NSDAP und Machtübernahme 1933/34

In der am 27. Februar 1925 neu gegründeten NSDAP übte Hitler – spätestens nach der Bamberger Führertagung vom Februar 1926 – einen weitgehend unangefochtenen Führungsanspruch aus. Allerdings war die NSDAP bis 1933 keine reine Hitler-Partei, zumal die NS-Gauleiter z. T. eigene Ziele verfolgten und Hitler die Professionalisierung des Parteiapparats v. a. dem Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer (1892–1934) überließ, der über eine beträchtliche Anhängerschaft in der Partei verfügte. Gleichwohl präsentierte sich die NSDAP nach außen als geschlossene Führerpartei, bestritt moderne, ganz auf Hitler zugeschnittene Wahlkampagnen und stieg 1932 zur weitaus stärksten politischen Kraft in Deutschland auf.

Im März/April 1932 unterlag Hitler bei der Reichspräsidentenwahl gegen Amtsinhaber Paul von Hindenburg (1847–1934), auf dessen Konditionen er sich einlassen musste, um Reichskanzler werden zu können. Als sich Straßer im Dezember 1932 bereit erklärte, als Vizekanzler in die Regierung Kurt von Schleichers (1883–1934) einzutreten, wurde Hitlers Führungsanspruch stärker

als je zuvor oder danach infrage gestellt. Hindenburg befreite Hitler aus dieser Lage, indem er ihn am 30. Januar 1933 als Reichskanzler an die Spitze eines „Kabinetts der nationalen Konzentration“ stellte, den Reichstag auflöste und Neuwahlen anberaumte. Hitlers Bündnis mit Hindenburg zahlte sich auf ganzer Linie aus, als der Reichstag durch das „Ermächtigungsgesetz“ am 23. März 1933 der Reichsregierung diktatorische Vollmachten auf Zeit übertrug. Dieses Gesetz war ein freiwilliger Machtverzicht des Reichspräsidenten, der Hitler politisch freie Hand ließ. Als Hitler nach Hindenburgs Tod im August 1934 dessen Amtsbefugnisse übernahm und die Befehlsgewalt über die bewaffnete Macht erlangte, war seine Herrschaft im Innern gefestigt.

Grundlagen und Kennzeichen von Hitlers Herrschaft

Hitler verfügte mit der Idee der „Volksgemeinschaft“ über eine mobilisierende Integrationsofferte, die auf vielen Politikfeldern (u. a. Sozialpolitik und Wohnungsbau) sichtbar wurde, was viele „Volksgenossen“ Hitler als persönliche Leistung anrechneten. Auch die massenhafte Schaffung neuer Arbeitsplätze – resultierend v. a. aus der zu massiver Staatsverschuldung führenden NS-Rüstungspolitik – galt weithin als Hitlers Verdienst. Neben der Zustimmung weiterer Bevölkerungskreise beruhte Hitlers Herrschaft auf Terror und gewaltsamer Unterdrückung jeder Opposition: Innerhalb kurzer Zeit entwickelte der NS-Staat ein System von Konzentrationslagern und professionalisierte mit der politischen Polizei und den Apparaten der immer stärker expandierenden SS die „Gegnerbekämpfung“. Hitler übernahm offen die Verantwortung für Mordaktionen, die SS und Gestapo Ende Juni 1934 auf sein Verlangen hin verübten: Er ließ die Führungsspitze der SA um Ernst Röhm (1887–1934), deren Loyalität er nicht mehr gewiss war, exekutieren sowie konservative Oppositionelle und persönliche Kontrahenten töten, darunter Schleicher und Straßer.

Hitler entschied über die Grundlinien der Politik; dem „Führerwort“ kam Gesetzeskraft zu. Er übte keine bürokratisch-rationale Herrschaft aus, für die herrschaftliche Anweisungen der Schriftform genügen mussten, sondern beließ es nach Möglichkeit bei mündlichen Befehlen. Eine Ausnahme ist die auf den 1. September 1939 zurückdatierte Bevollmächtigung, mit der er seinen Leibarzt Karl Brandt (1904–1948) und den Leiter der „Kanzlei des Führers“, Philipp Bouhler (1899–1945), schriftlich mit der Organisation der NS-„Euthanasie“ beauftragte. Ein weiteres Kennzeichen von Hitlers Herrschaft war es, Konflikte und Rivalitäten zwischen Parteidienststellen, Ministerien und Sonderbevollmächtigten mit sich überschneidenden Einflussbereichen zu nutzen, um seine eigene Stellung als letztgültige Entscheidungsinstanz zu festigen.

Hitler stützte sich zugleich auf langjährige getreue Gefolgsmänner wie Joseph Goebbels (1897–1945), der den im NS-Staat allgegenwärtigen Führerkult konzipierte, Reichsführer-SS Heinrich Himmler (1900–1945), Hermann Göring (1893–1946), dem als Reichsbeauftragten für den Vierjahresplan eine zentrale Rolle in der Kriegsvorbereitung zukam, und den „Stellvertreter des Führers“ Rudolf Heß (1894–1987), der Hitlers Politik gegenüber Parteidienststellen und staatlichen Institutionen vertrat. Nachdem Heß im Mai 1941 geheim und eigenmächtig nach Großbritannien geflogen und dort interniert worden war, stieg Martin Bormann (1900–1945) als Privatsekretär und enger Vertrauter Hitlers in eine zentrale Machtposition auf.

Auch Hitlers Politik gegenüber den christlichen Kirchen folgte v. a. taktischen Überlegungen. Innerhalb der NSDAP hatte er bereits 1927 ein Verbot jeglicher Angriffe gegen Religionsgemeinschaften verfügt, um christliche Wählerschichten nicht zu brüskieren. Zwar machte er in vertraulichen Gesprächen keinen Hehl aus seiner Verachtung gegenüber dem christlichen Glauben, mied aber jede öffentliche Konfrontation. Zugleich lehnte Hitler alle neuheidnischen Religionsentwürfe der völkischen Bewegung strikt ab und verzichtete – im Gegensatz zu vielen anderen NS-Spitzenfunktionären – bewusst auf einen Kirchenaustritt. Das 1933 geschlossene, auf deutscher Seite von Franz von Papen (1879–1969) ausgehandelte Reichskonkordat mit dem Vatikan geht auf Hitlers Initiative zurück.

Politische Hauptziele

Innenpolitisch zielte Hitler darauf, die Zustimmung eines Großteils des deutschen Volks zu gewinnen. Nur auf dieser Basis schien eines seiner beiden Hauptziele realisierbar: die kriegegerische territoriale Expansion eines von ihm geführten Deutschen Reichs. Bei der Erreichung dieses Ziels wähnte sich Hitler in der Überzeugung, dass es nur zu seinen Lebzeiten erreicht werden könne, unter großem Zeitdruck und bewies taktische Flexibilität. Lange Zeit kaschierte er seine Expansionspolitik mit Erfolg als bloße Revision des Versailler Vertrags inklusive der Einlösung des Selbstbestimmungsrechts der außerhalb der deutschen Staatsgrenzen lebenden Deutschen. Auf diese Weise vollzog er die Wiedereinführung der Wehrpflicht (Mai 1935), den Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland (März 1936), den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich (März 1938) sowie die Errichtung des „Reichsprotektorats Böhmen und Mähren“ (März 1939), ohne militärische Gegenmaßnahmen zu evozieren. Gleichzeitig bereitete Hitler Armee und Wirtschaft auf einen großen Krieg vor. Anfang 1938 nutzte er eine Affäre um den Reichskriegsminister Werner von Blomberg (1878–1946) und den Oberbefehlshaber des Heeres, Werner von Fritsch (1880–1939), um das Reichskriegsministerium aufzulösen und das Oberkommando der Wehrmacht zu gründen, das ihm direkt unterstellt wurde.

Hitlers zweites Hauptziel war die in einer Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 als „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ bezeichnete genozidale Umsetzung eines antisemitischen Programms, das in seiner Radikalität beispiellos war. Auch diesem Ziel näherte er sich etappenweise: Hitler initiierte Ende März 1933 erstmals einen Aufruf zum Boykott jüdischer Geschäfte, ließ mit den Nürnberger Gesetzen von 1935 die rechtliche Gleichstellung der Juden in Deutschland rückgängig machen und entfesselte im November 1938 ein reichsweites Judenpogrom. Doch erst der mit dem Überfall der Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939 begonnene Zweite Weltkrieg schuf die Voraussetzungen für das, was in der NS-Sprache als „Endlösung“ firmierte: die Ermordung möglichst aller in Hitlers Machtbereich lebenden jüdischen Menschen.

Hitler als militärischer Oberbefehlshaber

Um die Westmächte von einer militärischen Intervention zugunsten Polens abzuhalten und die kriegswirtschaftliche Grundlage für einen längeren Krieg zu legen, bewies Hitler erneut taktische Flexibilität und schloss im August 1939 einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion, in dem beide Diktaturen Ostmittel- und Südosteuropa unter sich aufteilten, was eine günstige Ausgangsposition für den Angriff der Wehrmacht auf Polen schuf, den Hitler am 1. September 1939 im Reichstag

verkündete. Im Frühsommer 1940 stand Hitler innenpolitisch auf dem Zenit seines Ansehens, nachdem es deutschen Truppen im Mai/Juni 1940 gelungen war, das kontinentale Westeuropa in Besitz zu nehmen. Dieser militärische Erfolg wurde v. a. Hitler zugeschrieben, der die Einheit von politischer und militärischer Führung verbürgte und damit einen kriegsentscheidenden Vorteil zu generieren schien. Doch bereits 1941 zeigte sich, dass die zunehmende Intervention Hitlers in operative Führungsfragen die militärische Lage des „Dritten Reichs“ verschlechterte.

Hitlers Entscheidung zum Angriff auf die Sowjetunion, die er den Spitzen der Wehrmacht Ende Juli 1940 auf seinem Berghof am Obersalzberg mitteilte, belegt, wie eng politisch-strategische und rassenideologische Ziele bei ihm verwoben waren: In strategischer Hinsicht erhoffte sich Hitler von dem am 22. Juni 1941 begonnenen Ostfeldzug einen entscheidenden Effekt, um in einer globalen Auseinandersetzung mit den beiden kapitalistischen Demokratien USA und Großbritannien bestehen zu können. Zugleich sollte ein siegreicher Krieg im Osten den Weg für die Umsetzung seines rassenideologischen Programms ebnen: Weite Teile der westlichen Sowjetunion sollten für „germanische“ Siedler freigemacht werden, was die gewaltsame Vertreibung der Einheimischen implizierte. Schon am 30. März 1941 hatte Hitler die höheren Befehlshaber der Wehrmacht instruiert, den Krieg gegen die Sowjetunion als Vernichtungskrieg zu führen. Vor allem ermöglichte der Ostkrieg eine neue Dynamik des eliminatorischen Antisemitismus: Spezialeinheiten (Einsatztruppen) waren seit Juni 1941 hinter der vorrückenden Front im Einsatz, um die dort lebenden Juden systematisch zu ermorden.

Im Dezember 1941 entließ Hitler Walther von Brauchitsch (1881–1948), übernahm selbst den Oberbefehl des Heeres und ging in der Folgezeit immer mehr in dieser Funktion auf. Er definierte die Kriegsziele und war der einzige politische Führer eines großen kriegführenden Landes, der im Zweiten Weltkrieg die militärische Kommandogewalt aktiv ausübte. Hitlers Alltag wurde nun von militärischen Lagebesprechungen bestimmt und spielte sich fast ausschließlich im Binnenraum des militärischen Hauptquartiers ab. In der Kriegführung versteifte er sich immer mehr auf starre Doktrinen, bei denen das unbedingte Festhalten erobelter Territorien im Vordergrund stand. 1942/43 zeigten sich deutlich die Konsequenzen: Im Februar 1943 kapitulierte in Stalingrad an der Wolga eine ganze deutsche Armee, deren Rückzug Hitler zuvor untersagt hatte, und im Mai 1943 gerieten die in Afrika eingesetzten deutschen Truppen in Gefangenschaft. 1943 offenbarte sich zudem, dass das Deutsche Reich nahezu schutzlos dem alliierten Bombenkrieg preisgegeben war.

Trotz der zunehmend desaströsen militärischen Bilanz Hitlers nahm dessen Herrschaft kaum Schaden, auch wenn er während des Kriegs kaum mehr öffentlich auftrat. Den größten Reputationsverlust erfuhr Hitler bei der militärischen Elite mit Generalstabsausbildung, aus deren Kreisen sich der Kern des militärischen Widerstands rekrutierte, der in dem gescheiterten Bombenattentat vom 20. Juli 1944 durch Claus Graf Schenk von Stauffenberg (1907–1944) gipfelte. Für einen diplomatischen Ausweg aus dem Krieg fehlte Hitler der politische Wille, obgleich die sowjetische Seite lange Zeit Sonderfriedensabsichten signalisiert hatte. Gegen Kriegsende nahm er den Untergang Deutschlands nicht nur billigend in Kauf, sondern beförderte ihn mit der Anweisung zur Zerstörung lebenswichtiger Infrastrukturen („Nero-Befehl“ vom 19. März 1945). Am 30. April 1945 entzog sich Hitler der politischen Verantwortung durch Suizid.

2. Adolf Eichmann



Decknamen: Adolf Barth; Otto Eckmann; Otto Henninger; Ricardo Klement

1906 – 1962

SS-Offizier, Leiter des „Judenreferats“ im Reichssicherheitshauptamt

Adolf Eichmann, seit 1932 Mitglied der NSDAP und SS, war ein führender NS-Täter. Im Reichssicherheitshauptamt organisierte er die Deportationen von über einer Million europäischer Jüdinnen und Juden in die Vernichtungsstätten im besetzten Polen. 1960 vom israelischen Geheimdienst in Buenos Aires gefasst, wurde er in Jerusalem 1961 vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und 1962 hingerichtet.

Werdegang in Österreich und Karriere im Sicherheitsdienst der SS

Eichmann wuchs in Solingen und seit 1914 in Linz auf, wo er die Volks- und Realschule sowie eine Höhere Bundeslehranstalt für Elektrotechnik, Maschinenbau und Hochbau besuchte, die er 1925 ohne Abschluss verließ. Nach einer kaufmännischen Lehre war er bis 1933 als Vertreter in der aufstrebenden Mineralölbranche in Österreich tätig. Von einem völkisch-deutschnationalen Umfeld geprägt, engagierte sich Eichmann in der Jugendorganisation der antisemitischen Deutsch-Österreichischen Frontkämpfer-Vereinigung. Über die Bekanntschaft mit Ernst Kaltenbrunner (1903–1946), der 1943 Chef des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) wurde, trat er 1932 der NSDAP und SS bei.

Nach dem Verbot der österreichischen NSDAP durch Bundeskanzler Engelbert Dollfuß (1892–1934) im Juni 1933 floh Eichmann, wie viele andere österreichische Nationalsozialisten, nach Deutschland. Hier gehörte er der „Österreichischen Legion“ des 1. SS-Regiments „Deutschland“ an, bewarb sich beim Sicherheitsdienst des Reichsführers SS (SD) und ging Ende 1934 in die SD-Zentrale nach Berlin. Zunächst im Referat „Freimaurerei“ tätig, wechselte Eichmann wenig später

in das von Herbert Hagen (1913–1999) geführte Referat „Judenangelegenheiten“, wo er den Bereich „Zionismus“ leitete. Eichmann arbeitete sich engagiert in das neue Feld ein, las zionistische Schriften, lernte Jiddisch und wurde „Experte“ für die Vertreibung der Juden aus Deutschland. Ende 1937 unternahm er mit Hagen eine Reise nach Palästina, um – vergeblich – mittels Kontakten zu zionistischen Institutionen die jüdische Emigration aus Deutschland zu forcieren.

Nach dem „Anschluss“ Österreichs mit einem SD-Kommando nach Wien geschickt, organisierte Eichmann, unterstützt von österreichischen SS-Angehörigen wie Alois Brunner (1912–ca. 2001), Anton Burger (1911–1991) und Franz Novak (1913–1883), mit erpresserischem Druck auf die jüdische Gemeinde die Zwangsauswanderung zehntausender Wiener Juden in das Ausland. Die „Methode Eichmann“, die notwendigen bürokratischen Verfahren zu zentralisieren und damit zu beschleunigen, wurde in Berlin von Reinhard Heydrich (1904–1942) und Hermann Göring (1893–1946) als vorbildhaft wahrgenommen. In der Folge wurden auch in Berlin, Prag und Amsterdam „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“ eingerichtet.

Führender Funktionär im Reichssicherheitshauptamt

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs erhielt Eichmann im Oktober 1939 die Aufgabe, die Deportation von tausenden Juden aus Wien, Mährisch-Ostrau (heute Ostrava, Tschechien) und Kattowitz (Oberschlesien, heute Katowice, Polen) nach Nisko am San, der Grenze zum sowjetisch besetzten Teil Polens, zu organisieren. Zwar wurde die Aktion nach einigen Transporten abgebrochen, weil die SS sich auf die Vertreibungen aus den annektierten westpolnischen Gebieten konzentrierte. Eichmann hatte jedoch erneut bewiesen, dass er Deportationen rasch und systematisch organisieren konnte, woraufhin ihn Heydrich im Dezember 1939 zum „Sonderreferenten“ für die „Räumung der Ostprovinzen“ ernannte. Er wurde Leiter des Referats IV D 4 „Räumung und Auswanderung“ im Amt IV Gestapo des neu geschaffenen RSHA, verantwortlich für die Deportation von hunderttausenden Polen und Juden aus den annektierten polnischen Gebieten in das Generalgouvernement genannte Zentralpolen.

Mit dem Sieg der Wehrmacht über Frankreich, Belgien und die Niederlande weitete sich 1940 Eichmanns Betätigungsfeld aus. Eichmann war an den v. a. von Martin Franz Luther (1895–1945), Leiter der Abteilung Deutschland im Auswärtigen Amt, ausgearbeiteten Plänen maßgeblich beteiligt, die Juden im besetzten Europa nach Madagaskar zu deportieren, was angesichts der überlegenen britischen Seemacht eine Chimäre blieb. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion radikalisierte die antisemitische Politik des NS-Regimes zum systematischen Massenmord. Eichmanns Referat, seit dem Frühjahr 1941 in IV B 4 („Judenangelegenheiten, Räumungsangelegenheiten“) umbenannt, wurde zuständig für die gesamten Deportationen von über einer Million jüdischen Menschen aus dem deutschen Machtbereich in West-, Nord- und Südosteuropa in die Vernichtungsstätten in Auschwitz, Belzec, Sobibór und Treblinka. Eichmann nahm am 20. Januar 1942 an der Wannsee-Konferenz teil, auf der Vertreter verschiedener NS-Instanzen den Massenmord besprachen, und galt als der Deportationsexperte des RSHA. Mit einem Sonderkommando organisierte er im Frühjahr und Sommer 1944 persönlich in Budapest die Deportation von über 430 000 ungarischen Juden nach Auschwitz.

Untertauchen und Flucht nach Argentinien

Im April 1945 setzte sich Eichmann nach Österreich ab, trennte sich von seiner Familie und geriet bei Kriegsende in US-amerikanische Gefangenschaft. Anfang 1946 entkam er mit gefälschten Papieren, die ihm SS-Kameraden beschafften, unter dem Namen Otto Henninger aus einem Internierungslager in Oberdachstetten bei Nürnberg und tauchte in Eversen, einem Ort in der Lüneburger Heide, als Waldarbeiter unter.

1950 gelang Eichmann mithilfe ehemaliger SS-Angehöriger und eines katholischen Hilfskomitees unter Bischof Alois Hudal (1885–1963) die Flucht über Italien nach Argentinien. Dort erhielt er über nationalsozialistische Netzwerke Unterstützung, lebte und arbeitete als Bauarbeiter bei einem Wasserkraftprojekt unter dem Namen Ricardo Klement in Tucumán, seit 1953 als Mechaniker in der Mercedes-Benz-Fabrik in González Catán bei Buenos Aires. 1952 ließ er seine Familie aus Österreich nachkommen und fühlte sich so sicher, dass er sich bei Treffen von Nationalsozialisten und ehemaligen SS-Angehörigen in Buenos Aires offen seiner Verbrechen rühmte.

Festnahme, Entführung und Prozess in Jerusalem

Obwohl per Haftbefehl gesucht, unternahmen bundesdeutsche Stellen wenig, um Eichmann zu fassen. Andere wie Simon Wiesenthal (1908–2005) und der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer (1903–1968) hingegen versuchten, Eichmanns Versteck aufzuspüren. Hinweise auf dessen Aufenthalt v. a. von dem Duisburger Geologen Gerhard Klammer (1921–1983), die Bauer erhielt und an den israelischen Geheimdienst Mossad weiterleitete, führten dazu, dass ein israelisches Kommando Eichmann im Mai 1960 aus Buenos Aires nach Israel entführte. 1961 wurde Eichmann vor dem Jerusalemer Bezirksgericht der Prozess gemacht, des Völkermords für schuldig befunden, zum Tode verurteilt und in der Nacht zum 1. Juni 1962 hingerichtet. Seine Leiche wurde verbrannt, die Asche im Meer verstreut.

Der Eichmann-Prozess war umstritten. Die Philosophin Hannah Arendt (1906–1975) hatte im Vorfeld dafür plädiert, Eichmann vor ein internationales Gericht zu stellen, und kritisierte in ihrem Buch „Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen“ (1964), der israelische Generalstaatsanwalt Gideon Hausner (1915–1990) habe Eichmann als Täter dämonisiert. Eichmann selbst stellte sich als unbedeutender Beamter dar, der allein den Befehlen seiner Vorgesetzten gefolgt sei. Dennoch besitzt der Prozess bis heute bleibende Bedeutung: Es war das erste Gerichtsverfahren mit großer internationaler Aufmerksamkeit, in dem der Holocaust im Mittelpunkt stand und in dem zahlreiche Überlebende zum ersten Mal öffentlich über die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das NS-Regime im Zeugenstand sprachen.

3. Anne Frank



Infolge der beginnenden Judenverfolgungen verließ die Familie im Sommer 1933 Frankfurt; der Vater ging nach Holland und wurde Direktor bei der Firma Traves AG, die in engster Verbindung mit der Firma Kolen & Co. stand. Die Familie folgte im nächsten Jahre nach Amsterdam. F. besuchte 1934-41 den Kindergarten und anschließend den Unterricht an der Montessori-Schule, seit 1941 das jüdische Lyceum. Am 9.7.1942 tauchte die Familie mit anderen Bekannten im Hinterhaus der Prinsengracht 263 unter, wo sich die Kontore der oben genannten holländischen Firmen befanden. Am 4.8.1944 wurde das Versteck, wahrscheinlich von einem Einbrecher verraten, durch die Geheime Staatspolizei entdeckt. F. kam in das Konzentrationslager Bergen-Belsen. Von der Familie blieb nur der Vater am Leben.

F. hat ihr Tagebuch vom 12.6.1942 bis zum 1.8.1944 geführt. Es wurde gleich nach dem Einfall der Polizei von den holländischen Angestellten gefunden und nach dem Kriege zunächst im holländischen Original, dann in zahlreichen Übersetzungen veröffentlicht. Das nach dem Tagebuch verfaßte Schauspiel ging über viele deutsche und ausländische Bühnen, es wurde sogar in Japan aufgeführt. Auch der Film bemächtigte sich des Stoffes. Die außerordentliche Wirkung, die vom Tagebuch ausging, ist nicht durch eine ganz ungewöhnliche Intelligenz der Verfasserin zu erklären.

Es ist ein Zeitdokument von allgemein menschlicher Bedeutung. F. hat es trotz ihrer großen Jugend verstanden, das erschütternde Schicksal von acht Menschen, durch den Zwang der äußeren Verhältnisse zum Zusammenleben auf engstem Raum genötigt, mit allen damit verbundenen Konflikten und Unzulänglichkeiten in ihren Aufzeichnungen festzuhalten, ohne die Krisen ihrer eigenen Entwicklung zu verheimlichen. Bis zuletzt behielt F. ihren Glauben an das Gute im Menschen. Mehrere Schulen und Stiftungen in Europa tragen ihren Namen.

4. Georg Elser



Am 8. November 1939 verübte Georg Elser im Münchner Bürgerbräukeller einen Bombenanschlag auf Adolf Hitler und nahezu die gesamte NS-Führungsspitze. Das Attentat scheiterte nur knapp. Der gelernte Schreiner und überzeugte Widerstandskämpfer wurde bei seiner Flucht in die Schweiz festgenommen. Die Deutschen glaubten dem Gerücht der NS-Propaganda, der britische Geheimdienst sei verantwortlich für den Anschlag. Nach fünf Jahren Haft in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau wurde Georg Elser am 9. April 1945 im KZ Dachau ermordet, seine Leiche danach verbrannt. Erst spät hat der Einzeltäter seinen Platz in der Geschichte des deutschen Widerstands gegen die NS-Diktatur gefunden.

Johann Georg Elser wurde am 4. Januar 1903 im ostwürttembergischen Hermaringen geboren und wuchs in Königsbronn bei Heidenheim auf. Handwerklich begabt und als Dreher und Schreiner ausgebildet, eignete er sich während einer Anstellung in einer Konstanzer Uhrenfabrik die Grundkenntnisse zum Bau des Zeitzünders an, mit dem er die Bombe präparierte, die Hitler und die NS-Führung töten sollte. Als früher Gegner des Nationalsozialismus verweigerte er nach der

Machtübernahme der Nationalsozialisten den Hitlergruß und beobachtete mit steigendem Unmut die Propaganda des NS-Regimes. Schon bald war er der Überzeugung, dass Hitler einen Weltkrieg vorbereite. In seinen weiteren Überlegungen kam er zu der Einsicht, „daß die Verhältnisse in Deutschland nur durch eine Beseitigung der augenblicklichen Führung geändert werden könnten“, so Elser im Gestapo-Verhör im November 1939.

Nach monatelangen und akribischen Vorbereitungen misslang Elsers Attentatsversuch am 8. November 1939, weil Hitler den Münchner Bürgerbräukeller wenige Minuten vor der Detonation der Bombe vorzeitig verlassen hatte. Auf seiner Flucht Richtung Schweiz wurde Georg Elser vom Zollgrenzschutz in Konstanz festgenommen und der Polizei übergeben. Im Rahmen eines mehrtägigen Verhörs in München, bei dem Elser auch gefoltert wurde, gestand er seine Tat und war bis kurz vor Kriegsende in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau in Haft.

Am 9. April 1945 wurde Georg Elser im Alter von nur 42 Jahren im KZ Dachau ermordet. Der Befehl zur Hinrichtung des Schreiners erfolgte per Schnellbrief aus Berlin. Das NS-Regime ließ am selben Tag eine Reihe von Widerstandskämpfern töten, darunter Dietrich Bonhoeffer, Wilhelm Canaris und Hans von Dohnanyi. Die NS-Führung wollte nicht, dass ihre schärfsten Gegner überleben und die Zukunft mitgestalten können. Elsers Leichnam wurde verbrannt, seine Asche verstreut. Keine Grabstätte erinnert an ihn, der fünf Jahre vor Stauffenberg denkbar knapp dem Ziel nahe war, Hitlers Herrschaft ein Ende zu bereiten. Elser lehrt damit alle jene eines Besseren, die auch nach der NS-Diktatur noch sagten, man habe ja doch nichts gegen den NS-Terror tun können. Er macht deutlich, dass auch ein Einzelner den Unrechtscharakter eines Regimes erkennen kann. Elser symbolisiert so die Verantwortung des Einzelnen für Maßstäbe humaner Orientierung und die Verpflichtung, Widerstand zu leisten, wenn keine andere Möglichkeit besteht, einen verbrecherischen Staat zu bekämpfen. Heute bekennt sich das Grundgesetz mit Artikel 20 Absatz 4 zu dem Widerstandsrecht, das Elser für sich in Anspruch nahm.

Lange Zeit als Widerstandskämpfer ignoriert, wurde Elsers Einzeltäterschaft bis in die 1960er-Jahre hinein in Frage gestellt. Heute hat der Einzeltäter seinen Platz in der Geschichte des deutschen Widerstands gegen die NS-Diktatur gefunden. Dazu haben Historiker beigetragen – Peter Steinbach und Johannes Tuchel etwa, die wissenschaftlichen Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, die umfassend zu Elser gearbeitet haben, sowie Lothar Gruchmann, der Elsers Gestapo-Verhörprotokoll 1964 entdeckte. Dafür haben sich aber auch Bürgerinnen und Bürger in besonderer Weise eingesetzt, allen voran die Mitglieder des Georg-Elser-Arbeitskreises Heidenheim, der in den 1980er Jahren gegründet wurde, sowie die Georg-Elser-Gedenkstätte Königsbrunn, die sich seit ihrer Einweihung 1998 als aktive Forschungs- und Erinnerungsstätte versteht.

5. Hans und Sophie Scholl



Hans und Sophie Scholl Biografie

Der 1918 in Ingersheim/Württemberg geborene Hans Scholl wächst mit vier Geschwistern in einem liberalen protestantischen Elternhaus auf und wird stark von der bündischen Jugend beeinflusst. Seit 1933 engagiert sich Hans Scholl in der Hitlerjugend und steigt hier zum "Fähnleinführer" auf. Er wendet sich jedoch bald vom Nationalsozialismus ab und gründet 1936 in Ulm eine Gruppe, die sich an den Lebensformen und Zielen der von den Nationalsozialisten verbotenen "deutschen jungenschaft vom 1.11.1929" (dj.1.11) orientiert. Ende 1937 inhaftiert ihn die Gestapo für zwei Wochen. Nach dem Arbeits- und Wehrdienst studiert Hans Scholl ab dem Sommersemester 1939 in München Medizin. Im Mai 1940 wird er als Sanitäter an der französischen Front eingesetzt. Hans Scholl kann im April 1941 bei der 2. Studentenkompanie der Heeressanitätsstaffel in München sein Studium fortsetzen, wo er im Juni 1941 Alexander Schmorell kennenlernt. Seit Herbst 1941 hält Hans Scholl engen Kontakt zu dem katholischen Publizisten Carl Muth. Im Juni und Juli 1942 verbreiten Hans Scholl und Alexander Schmorell die ersten vier Flugblätter der Weißen Rose. Gemeinsam mit Schmorell und Willi Graf wird Hans Scholl von Ende Juli bis Ende Oktober 1942 zu einer Feldfamulatur in die Sowjetunion abkommandiert. Nach der Rückkehr an die Münchener Universität setzt er seine Widerstandsaktionen fort. Das fünfte Flugblatt der Gruppe wird von Hans Scholl, seiner Schwester Sophie, Alexander Schmorell und Willi Graf vervielfältigt und verbreitet. Im Februar 1943 schreibt er gemeinsam mit Alexander Schmorell und mit Unterstützung von Willi Graf Parolen wie "Freiheit" und "Nieder mit Hitler" an Münchener Hausfassaden. Das sechste und letzte Flugblatt der Weißen Rose wird von den Geschwistern Scholl am 18. Februar 1943 in der Münchener Universität ausgelegt und auch in den Lichthof geworfen. Sie werden noch in der Universität festgenommen, vier Tage später vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am selben Tag im Strafgefängnis München-Stadelheim ermordet.

Sophie Scholl Biografie

Die 1921 in Forchtenberg/Württemberg geborene Sophie Scholl tritt 1934 in den Bund Deutscher Mädel in der Hitler-Jugend ein, wo sie bis zur Gruppenleiterin aufsteigt. Bereits als Schülerin wird sie 1937 wegen des bündischen Engagements ihres Bruders Hans von der Gestapo vernommen. Seit dieser Zeit distanziert sie sich radikal vom Nationalsozialismus. Nach dem Abitur im März 1940 macht sie eine Ausbildung zur Kindergärtnerin und beginnt nach dem Arbeits- und Kriegshilfsdienst im Mai 1942 in München das Studium der Biologie und Philosophie. Dabei kommt sie durch ihren

Bruder Hans auch mit dem katholischen Publizisten Carl Muth zusammen, der beide ebenso beeinflusst wie der Hochschullehrer Kurt Huber. Im August und September 1942 muss Sophie Scholl vier Wochen Kriegshilfsdienst leisten und in einem Ulmer Rüstungsbetrieb arbeiten. Im Januar 1943 wirkt sie an der Herstellung und Verbreitung des fünften Flugblattes der Weißen Rose mit. Das sechste Flugblatt ist nach einem Entwurf von Kurt Huber von ihren Freunden bereits vervielfältigt worden, als sie am 15. Februar 1943 aus Ulm nach München zurückkehrt. Dieses Flugblatt wird von den Geschwistern Scholl am 18. Februar 1943 in der Münchener Universität ausgelegt und auch in den Lichthof geworfen. Sophie und Hans Scholl werden noch in der Universität festgenommen, am 22. Februar 1943 vom Volksgerichtshof unter Roland Freisler zum Tode verurteilt und am selben Tag im Strafgefängnis München-Stadelheim ermordet.

6. Klaus Schenk Graf von Stauffenberg



Claus Schenk Graf von Stauffenberg und sein Bruder Berthold (* 1905) gelten als die wichtigsten Vertreter des Widerstands gegen Adolf Hitler und die Diktatur der Nationalsozialisten. Doch ihn zum Vorbild eines überzeugten Demokraten zu stilisieren wäre ebenso verfehlt wie der Versuch, seinen persönlichen Mut und seine bündelnde Tatkraft im Rahmen der späten Opposition gegen das NS-Regime zu verkennen: Als eine zentrale Persönlichkeit des militärischen Widerstandes führte er nicht nur das Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 aus, sondern er war auch entscheidend an den Planungen des letztlich gescheiterten Staatsstreichs „Operation Walküre“ beteiligt. Die Ziele der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 bestanden vor allem in der Wiederherstellung eines

Rechtsstaates sowie der Beendigung des Krieges und der Judenverfolgung. Der Großteil von ihnen stammte aus national-konservativen Kreisen, die sich einer aristokratisch-elitären Haltung verpflichtet sahen. Auch Stauffenberg wies die parlamentarische Demokratie als mögliche künftige Staatsform zurück. Ihren Widerstand gegen Hitler bezahlten die beiden Brüder Stauffenberg mit dem Leben.

Am 15. November 1907 in Jettingen in Bayerisch-Schwaben geboren, entstammte Claus Schenk Graf von Stauffenberg einer traditionsreichen Adelsfamilie. Seine Erziehung und Jugend waren von aristokratischem Ehrendenken und christlich-katholischen Idealen ebenso geprägt wie von humanistischer Bildung und den geistig-elitären, national-aristokratischen Vorstellungen des Dichters Stefan George.

Nach dem Abitur trat Stauffenberg in die Reichswehr ein und wurde 1930 zum Leutnant befördert. Als konservativer Patriot und Soldat hatte er den politischen Kurs Hitlers seit 1933 zunächst als nationalen Aufbruch begrüßt und insbesondere auch die militärischen und revisionistischen Ziele der Nationalsozialisten unterstützt. Seine militärische Karriere schritt rasch voran: Im Januar 1943 wurde er, inzwischen beim Generalstab des Heeres, zum Oberstleutnant befördert. Angesichts des zunehmend deutlicher werdenden verbrecherischen Charakters des NS-Regimes und der militärisch-strategischen Verfehlungen Hitlers wandte sich Stauffenberg jedoch immer entschiedener vom Regime ab. Beim Einsatz in Nordafrika wurde er im Frühjahr 1943 schwer verwundet. Sein Entschluss, aktiven Widerstand zu leisten und Hitlers Herrschaft gewaltsam zu stürzen, verfestigte sich und mündete in die Planung des Attentats vom 20. Juli 1944.

Als Stabschef im Allgemeinen Heeresamt übernahm Stauffenberg eine Schlüsselposition bei den Umsturzplänen, die in der Folgezeit in zunehmender Vernetzung mit anderen Widerstandsgruppen und Regimegegnern ausgearbeitet wurden. Am 20. Juli 1944 deponierte er im Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ eine Bombe und verließ den Raum kurz vor der Detonation. Nicht ahnend, dass Hitler das Attentat überlebt hatte, reiste er nach seiner Tat nach Berlin, um die weiterführenden Staatsstreichaktionen zu begleiten. Das zögerliche Anlaufen der Aktionen hatte den führenden Vertretern des NS-Regimes jedoch Zeit für rasche Gegenmaßnahmen verschafft: Der 36-jährige Stauffenberg wurde verhaftet und noch in der Nacht des 20. Juli 1944 im Hof des Berliner Bendlerblocks wegen Hoch- und Landesverrats hingerichtet. Seine Familie kam in Sippenhaft, seine Frau Nina wurde in das Konzentrationslager Ravensbrück verschleppt und seine Kinder in ein Kinderheim eingewiesen.

Die Anerkennung als Widerstandskämpfer blieb Stauffenberg in der jungen Bundesrepublik lange Zeit verwehrt. Erst in den 1960er-Jahren änderten sich Bewertung und Gedenken an die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 als Symbol des „anderen Deutschlands“, das sich den Verbrechen des Nationalsozialismus entgegenstellte. 2006 wurde im Alten Schloss in Stuttgart eine Erinnerungsstätte an die Brüder Stauffenberg und 2007 zum 100. Geburtstag Stauffenbergs der Gedenkort im Schloss Stauffenberg in Lautlingen eröffnet. Jedes Jahr finden am 20. Juli Gedenkfeierlichkeiten der Bundesregierung und öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr statt.

7. Oskar Schindler



Nach Abbruch der Realschule in Zwittau besuchte S. eine Fachschule für Maschinenbau in Brunn und war anschließend im väterlichen Betrieb tätig. Nach dessen Konkurs arbeitete er in der Mähr. Elektrotechnischen AG. 1936-39 war er für den dt. Geheimdienst (Abwehrstelle VIII Breslau) in der ČSR und in Polen tätig, was ihm eine zeitweise Inhaftierung einbrachte. S. gehörte seit 1935 der Sudetendt. Partei, seit 1939 der NSDAP an. Die dt. Besatzung Polens bot ihm die Möglichkeit zu erneuter wirtschaftlicher Betätigung. 1939 pachtete S. ein in Konkurs gegangenes Emailwerk in Krakau und 1940 eine Glashütte in Prokocim; beide Werke erwarb er 1942 und verlagerte sie während des Rückzugs 1944 nach Brünnlitz.

Schon seit 1942 in Kontakt mit jüd. Organisationen, wurde er wegen zu enger Beziehungen mit Juden vorübergehend festgenommen. Als das Krakauer Ghetto im März 1943 in einer brutalen Polizeiaktion aufgelöst wurde, gelang S. durch Bestechung der Transfer seiner jüd. Arbeiter als „kriegswichtig“ in eine Filiale des Zwangsarbeitslagers Krakau-Plaszow. Um im Sept. 1944 der Evakuierung seiner – inzwischen 1200 – größtenteils jüd. Arbeiter zuvorzukommen, verlegte er den Betrieb nach Brünnlitz. Die dafür zusammengestellten Personalverzeichnisse gingen als „Schindlers Liste“ in die Geschichte ein. Es gelang ihm mittels Intervention bei Wehrmachtsstellen in Berlin, die 800 bereits ins KZ Groß-Rosen deportierten Männer und sogar die 300 nach Auschwitz verbrachten Frauen für sich zu reklamieren und ins Sudetenland zu bringen. Darüber hinaus ermöglichten er und seine Frau, daß über 100 jüd. Häftlinge, die aus dem Auschwitz-Außenlager Golleschau nach Brünnlitz evakuiert worden waren, ebenfalls mit den Zwangsarbeitern die Befreiung erlebten.

Nach dem Krieg scheiterten mehrere Versuche S.s, wieder als Unternehmer Fuß zu fassen, zunächst 1949-57 in Argentinien, dann in der Bundesrepublik. Teilweise bestritt er seinen Unterhalt von der Unterstützung jüd. Hilfsorganisationen. S., der in Kontakt mit den von ihm geretteten Personen blieb, wurde 1962 in Israel mit einem Baum in der „Allee der Gerechten“ geehrt, 1967 auch als „Gerechter unter den Völkern“, ein Titel, in den 1993 auch seine Witwe einbezogen wurde.

Seit Anfang der fünfziger Jahre bestanden Bestrebungen, sein außergewöhnliches Kriegsschicksal zu verfilmen. Doch zunächst blieb es bei einer teils fiktionalen Verarbeitung in dem Buch

„Schindler's List“ von Thomas Keneally (1982). Mit dem gleichnamigen Film von Steven Spielberg (1994) erlangte seine Geschichte weltweite Berühmtheit.]

8. Margot Friedländer



Biografie:

Margot Friedländer wurde am 5. November 1921 als Tochter von Artur und Auguste Bendheim, geborene Gross, in Berlin geboren. Nach Beendigung der Schulzeit begann sie eine Lehre in einer Schneiderei. Ab 1940 musste sie in einem Rüstungsbetrieb Zwangsarbeit leisten. Seit der Trennung ihrer Eltern lebte sie mit ihrer Mutter und dem jüngeren Bruder Ralph zusammen. Die Bemühungen ihrer Familie, in die USA auszuwandern, scheiterten ebenso wie weitere Fluchtversuche.

Als Ralph am 20. Januar 1943 verhaftet wurde, stellte sich Auguste Bendheim der Gestapo, wurde gemeinsam mit ihrem Sohn nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Ihrer Tochter hinterließ sie eine Botschaft: „Ich habe mich entschlossen, zur Polizei zu gehen. Ich gehe mit Ralph, wohin auch immer das sein mag. Versuche, dein Leben zu machen.“ Die damals 21-jährige Margot

tauchte unter und überlebte fünfzehn Monate lang in sechzehn verschiedenen Verstecken im Untergrund in Berlin, bis sie im April 1944 in die Fänge sogenannter Greifer:innen geriet – Jüdinnen und Juden, die gezwungen wurden, für die Nazis zu arbeiten –und nach Theresienstadt deportiert wurde.

Dort traf sie Adolf Friedländer wieder, den sie aus der Zeit im Jüdischen Kulturbund in Berlin kannte. Die beiden überlebten das Lager und emigrierten 1946 gemeinsam in die USA, nach New York. Margot Friedländer arbeitete dort als Reiseagentin und Änderungsschneiderin, Adolf Friedländer wurde stellvertretender geschäftsführender Direktor der Jüdischen Organisation „92nd Street Y“. Im Jahr 2004 folgte sie einer Einladung des Berliner Senats im Rahmen des „Besucherprogramms für verfolgte und emigrierte Berliner Bürger“ und kehrte zum ersten Mal in ihre Heimatstadt Berlin zurück. Über ihre Reise zu den Orten ihrer Jugend, der Verfolgung und des Überlebens im Untergrund hat der New Yorker Filmemacher Thomas Halaczynski einen Dokumentarfilm gedreht. Sein Film „Don´t call it Heimweh“ eröffnete 2005 das Jüdische Filmfestival im Roten Rathaus. Seit 2010 lebt Margot Friedländer wieder in Berlin.

Margot Friedländer wurde vielfach für ihr Engagement ausgezeichnet, 2011 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande, 2016 erhielt sie den Verdienstorden des Landes Berlin, 2018 den Obermayer Jewish History Award und im Jahr 2021 die Jeanette-Wolff-Medaille der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. 2018, erhielt sie, gemeinsam mit der Shoah-Überlebenden Inge Deutschkron, die Ehrenbürgerwürde des Landes Berlin und am 14. Mai 2019, im Beisein von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), den „Talisman“ der Deutschlandstiftung Integration für ihre Verdienste. Anlässlich des Holocaust-Gedenktags sprach Margot Friedländer am 27. Januar 2022 im Europaparlament. Margot Friedländer, deren berufliche Ausbildung in Deutschland zerstört wurde, wird 2022 die Ehrendoktorwürde Freien Universität Berlin verliehen.

Margot Friedländers Geschichte ist in mehreren Büchern dokumentiert, so in ihrer 2008 erschienenen Autobiografie „Versuche Dein Leben zu machen. Als Jüdin versteckt in Berlin“ (gemeinsam mit Malin Schwerdtfeger) und im Bildband „Ich lieb´ Berlin – Margot Friedländer zum 100. Geburtstag. Ein Portrait“. 2015 erschien ein Hörbuch ihres Buchs „Versuche Dein Leben zu machen“ mit acht CDs, von Margot Friedländer selbst eingesprochen, 2021 der Bildband „Margot Friedländer zum 100. Geburtstag. Ein Portrait“ sowie im gleichen Jahr das Interviewbuch zu Margot Friedländers 100. Geburtstag „Ich tue es für Euch“. Der Untertitel: „Was wir von einer hundertjährigen Holocaustüberlebenden über Vergebung, Hoffnung und Toleranz lernen können.“ Darin wird Margot Friedländer von der früheren Justizministerin und jetzigen Antisemitismusbeauftragten von NRW, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), zu ihrem Leben als Jüdin in Deutschland während des Holocausts interviewt.

Außerdem hat Margot Friedländer in mehreren Dokumentarfilmen mitgewirkt: „Don´t call it Heimweh“ (Ein Film über Margot Friedländers Besuche in Berlin, von Thomas Halaczynsky, USA 2004), „Späte Rückkehr“ (von Thomas Halaczynsky, 2010), „Jahrhundertzeugen – Margot Friedländer“ (eine Graphic-Novel-Erzählung von Martin Priess und Michaela Kolster).

Am 9. Mai 2025 verstarb Margot Friedländer, 80 Jahre nach der Befreiung Deutschlands von der NS-Herrschaft in ihrer Heimatstadt Berlin im Alter von 103 Jahren. Ihr größter Wunsch für die Zukunft war immer, dass die jungen Menschen, mit denen sie in Schulen und bei Veranstaltungen

diskutiert hat, ihre Mission weitertragen: "Seid Menschen, respektiert Menschen. Es gibt kein jüdisches, kein christliches und kein muslimisches Blut. Es gibt nur menschliches Blut."

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

-> Pyta, Wolfram, „Hitler, Adolf“ in: NDB-online, veröffentlicht am 01.07.2024, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/118551655.html#dbocontent>, zuletzt geprüft am 11.08.2025.

-> Wildt, Michael, „Eichmann, Adolf“ in: NDB-online, veröffentlicht am 01.10.2023, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/118529447.html#dbocontent>, zuletzt geprüft am 11.08.2025.

-> Stolberg-Wernigerode, Otto Graf zu, "Frank, Anne" in: Neue Deutsche Biographie 5 (1961), S. 339 [Online-Version]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118534734.html#ndbcontent>, zuletzt geprüft am 30.11.2025.

-> Georg Elser, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg online, online verfügbar unter: <https://www.hausaufderalb.de/georg-elser>, zuletzt geprüft am 01.12.2025.

-> Hans und Sophie Scholl, in: Gedenkstätte Deutscher Widerstand online, online verfügbar unter: https://www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personenverzeichnis/biografie/view-bio/hans-scholl/?no_cache=1, zuletzt geprüft am 01.12.2025.

-> Claus Schenk Graf von Stauffenberg (1907–1944). Aristokrat, Militär und Widerstandskämpfer, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg online, online verfügbar unter: <https://www.hausaufderalb.de/claus-schenk-graf-von-stauffenberg>, zuletzt geprüft am 06.12.2025.

-> Pohl, Dieter, "Schindler, Oskar" in: Neue Deutsche Biographie 22 (2005), S. 791-792 [Online-Version]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118755102.html#ndbcontent>, zuletzt geprüft am 24.12.2025.

-> Adler, Sharon: Vita von Margot Friedländer, in: beb online, online verfügbar seit 10.05.2025 unter: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/506916/vita-von-margot-friedlaender/> , zuletzt geprüft am 20.01.2026.

Sekundärliteratur

->

->

->